

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

**Redaktions-Adressen:** Hannover 57613 Der Abonnementpreis beträgt durch den Posten oder durch die Post bezogen monatlich 600 Mark. — Fest- und Geschäftsanzeigen jeder Art werden nicht angenommen. **Verantwortlich:** Karl Schudy, Bochum. **Druck:** H. Hansmann & Co., Bochum. **Telefonnummern:** 88, 89, 93. **Verlag:** Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum, Biemelshauer Straße 39-42. **Telegramm:** Altkreuz Bochum.

### Neue Blutschrift eintragungen ins Geschichtsbuch des Militarismus

Der Militarismus hat nur einen „Zweck“, den der Brutalität. Geboren wurde er vom Gewaltinstinkt der Menschen. Versuchte zuerst der Einzelmann, seinesgleichen mit der Waffe zu überfallen, ihn zu töten, zu berauben, so waren es später ganze Sippen, ganze Völker. Zellenmäßige Stärke, Beschlossenheit der Rordwerkzeuge und Ueberlegenheit in der Führung — das Verschlagenheit usw. — gehen immer den Ausschlag. Das Ziel der bewaffneten Macht war stets dasselbe: Sieg über den Gegner, seine Beraubung und Vernichtung. Der moderne Militarismus unterscheidet sich im Grunde durch nichts von seinem Vorgänger. Seine „Modernisierung“ zeigt nur einen augenscheinlichen Kulturzug: er macht die Bestiegen nicht mehr zu Leibesblößen, dafür aber zu Wirtschafts-Weiden. Alle anderen Eigenschaften, wie Barb. Raub, Plünderung, hat er sich überlieferungsgetreu erhalten. Es ist doch wohl gleichgültig, ob der Ueberwinder mit einer Krone erschlagen wurde oder ob ein Zeitgenosse mit einem Schießgewehr erschossen wird. Es ist auch kein Unterschied ob eine Mongolenhorde ein Slawendorf überfällt und ausplündert oder ob eine moderne Kriegskolonne „requisitiert“. Es ist auch dasselbe, ob der Requisiteur im Harnschüssel Recht oder im geschlossenen Anzug und nach Parfum buffelt. In allen Fällen wird der Schwächere vergeblich.

In einem verändert sich der Militarismus. In alter Zeit überfielen die bewaffneten Herden den Raubbar ohne vorherige Anmeldeung. Später kamen die Kriegserklärungen auf. Ardliches Gehor und Kriegsriten erlauteten das Töten des Feindes und das Plündern (Requisition) nur während des Krieges. Jetzt beim Kulturbruch macht sich wieder ein Rückfall bemerkbar. Das französische Einbruchsheer erlaubt sich das Töten deutscher Staatsbürger und das „Requisitieren“ im Frieden.

Der Militarismus hat nur einen „Zweck“, den der Brutalität. Geboren wurde er vom Gewaltinstinkt der Menschen. Versuchte zuerst der Einzelmann, seinesgleichen mit der Waffe zu überfallen, ihn zu töten, zu berauben, so waren es später ganze Sippen, ganze Völker. Zellenmäßige Stärke, Beschlossenheit der Rordwerkzeuge und Ueberlegenheit in der Führung — das Verschlagenheit usw. — gehen immer den Ausschlag. Das Ziel der bewaffneten Macht war stets dasselbe: Sieg über den Gegner, seine Beraubung und Vernichtung. Der moderne Militarismus unterscheidet sich im Grunde durch nichts von seinem Vorgänger. Seine „Modernisierung“ zeigt nur einen augenscheinlichen Kulturzug: er macht die Bestiegen nicht mehr zu Leibesblößen, dafür aber zu Wirtschafts-Weiden. Alle anderen Eigenschaften, wie Barb. Raub, Plünderung, hat er sich überlieferungsgetreu erhalten. Es ist doch wohl gleichgültig, ob der Ueberwinder mit einer Krone erschlagen wurde oder ob ein Zeitgenosse mit einem Schießgewehr erschossen wird. Es ist auch kein Unterschied ob eine Mongolenhorde ein Slawendorf überfällt und ausplündert oder ob eine moderne Kriegskolonne „requisitiert“. Es ist auch dasselbe, ob der Requisiteur im Harnschüssel Recht oder im geschlossenen Anzug und nach Parfum buffelt. In allen Fällen wird der Schwächere vergeblich.

#### Glatten Arbeiter- und Landesverrat

leiste sich bei dieser Gelegenheit die kommunistische Ruhrpresse. Mit Verlogenheit und Uebertriebenheit verjuchte sie, den Militarismus zu entschuldigen und die alleinige Schuld der „führerlosen Masse“ und den Proletaren zuzuschreiben. Es ist selbstverständlich, daß sich das verwerfliche Proletaratsgehindl bei jeder Gelegenheit einfindet. Was jedoch das „Ruhr-Echo“ und seine Anhänger behaupten, ist weder von den Arbeitern noch von den Betriebsräten beobachtet worden. Die Lügen sind so blump, daß sie selbst die französische Chauvinistenpresse übertrumpfen. Lassen wir Tatsachen reden:

In der Karlsruher-Nummer des „Ruhr-Echo“ wird die Freude über die Arbeitsniederlegung der Krupp-Belegschaft infolge Besetzung ausgedrückt und gesagt, daß die „französische Maßnahme besonders die Arbeiter“ trifft. Weiter heißt es: „Auf den Kruppischen Arbeitern lastet die ganze Verantwortung dafür, daß die Gewaltmaßnahmen der französischen Imperialisten nicht gelingen.“ Was sich das Blatt jedoch in der nächsten Nummer leistet, übersteigt selbst alle Gipfel französischer Lügenpropaganda. Es sagt:

„Da ein Vertreter der Direktion, mit dem der Führer des Kommandos verhandeln wollte, sich nicht sehen ließ, war das Kommando nach anfänglicher Weigerung schließlich bereit, unverzüglicher Dinge wieder abzuschließen. Jetzt wurde von Nationalen die unnütze Forderung aufgestellt: Abzug ohne Waffen. Das Kommando weigerte sich, dieser unmöglichen Forderung nachzugeben. Die Bedrohung wurde härter; die Soldaten wurden mit allerhand Eisenhütten beworfen, durch den Rauch mehrerer herbeigelegter Fabriklokomotiven auszuräumen versucht, bis schließlich das Militärkommando von den Schusswaffen sehr ausgiebigen Gebrauch machen ließ.“

Weiter wird gesagt:

„Die Verbeißung von einer Anzahl Fabriklokomotiven, die dann zur Ausräumung und Verbrühen der Soldaten... benutzt (! D. Red.) wurden, zeigt auch hier Plan und Absicht einer bestimmten Leistung.“

Kein Mensch — auch nicht die vor dem Autoschuppen stehenden Betriebsräte, denen jede Unterhandlung abgelehnt wurde — weiß davon, daß das Kommando unverzüglicher Dinge wieder abzuschließen wollte. Ebenso verhält es sich mit der Behauptung, daß eine Anzahl Fabriklokomotiven „zur Ausräumung und Verbrühen der Soldaten benutzt wurden“. Welche Motive mögen die kommunistischen Zeitungschreiber zu diesem schamhaften Liebesdienst für den französischen Militarismus und Imperialismus bewegt haben? Was war die Ursache zu dieser Schurkerei gegen die eigenen Volksgenossen?

Man sagte der holländischen Sozialistenpresse nach, daß sie alle Dinge sehr nüchtern betrachte. „Get Volk“, Organ der sozialistischen Partei, wendet sich in einem Leitartikel mit größter Schärfe gegen die kruschen Kommunisten. Es sagt:

... im System der Unterdrückung ist ein neues Element festzustellen, nämlich, daß sie von der Arbeit einiger der Unterdrückten Gebrauch machen konnten, die ihnen ansehnliche Dienste erweisen und den französischen Faktoren Entschädigung liefern, die sie so dringend nötig haben. Eine solche auf den ersten Blick unnütze Erzählung, wonach nationale Agenten die Arbeitermassen zu einer Gewalttätigkeit gegen eine kleine französische Truppenabteilung aufgehetzt hätten, man ist in der französischen Presse die Runde. Die Erzählung ist den kommunistischen Organen im Ruhrgebiet und in Berlin entnommen. Das Schließen auf die Vollmenge, die keine Gewalttat im Sinne hatte, war der französische Regierung doch unangenehm gekommen. So empfängt sie Hilfe und Rettung aus den Reihen der deutschen Kommunisten, die einzige Unterstützung die ihr geboten wird, kommt von den Kameraden der niedergeschossenen Proletarier.“

Damit genug. Jedes weitere Wort lenkte die Wirkung ab. — Der französische Militarismus unterdrückt im Ruhrgebiet eine Menge Ausbörter (Spitzel). In uns bekannten Fällen ist er an unsere Mitglieder zwecks Gewinnung zu dieser Judasarbeit — ohne Erfolg — herangezogen. Die Lager der Rabakalen, die naturgemäß mit Unrat überflutet sind, bieten ihm ein geeignetes Feld hierzu. Für heute nur das eine an unsere Mitglieder: Vorsicht! — Später mehr.

bummer Keel, denn sagst du nicht Willig, so brauch' ich Gewalt; wisse, daß mein Peinhaus nur den Widerstrebenden trifft; füge dich und ich will dich lieben wie jenes Tier, das seine Jungen aus Liebe erdrückt.

Trotz all der bekannten Morde und Minderungen, unter denen alle Ruhrreintwöhner, alle Arbeiter zu leiden haben, behauptet der französische Militarismus brahanthaft, daß er doch dem Arbeiter nichts tue. Weist man ihm nach, daß seine Gewalttätigkeit besonders das schaffende Volk treffe, dann folgt prompt die Entschuldigung, daß die Deutschen es im Kriege nicht besser gemacht hätten! Jeder kassenbewußte Bergarbeiter weiß, daß die Deutschen im Weltkrieg verbrochene, sinnlose Fortsetzungen verübte haben. Er sagt aber auch, daß dies ein Verbrechen war. Kann man aber ein Verbrechen mit dem andern entschuldigen?? Und — wozu ist der Friedensvertrag geschlossen worden, mit welchem die deutschen Verbrechen gesühnt sein sollten?

Vor dem Kriege beachtete Deutschland den ausgeprägtesten Militarismus und großen Ruhm in allen friedliebenden Ländern. Der Versailles-Friedensvertrag hat mit seiner Ausrichtung die Rollen vertauscht. Frankreich, der heutige imperialistischste Rimmerlat, hat ruhmloserweise allen Ruhm für sich erobert. Wir bleiben in den Grenzen der Ausbreitungsweise wenn wir sagen, daß der Militarismus sein eigenes Land tagtäglich mit Schande bedeckt! Wie das deutsche organisierte Arbeiterheer vor dem Weltkrieg das militärische Schandmal auf seinem Lande setzen durfte, so fühlen es heute die wehrlosen, französischen Arbeiter. In ihren Protesten drückt sich ihr Haß gegen ihren Militarismus ebenso aus, wie früher in denen der deutschen Arbeiter.

Der deutsche Militarismus hat sich selbst vernichtet. Mit seinem Ueberbleibsel, dem Nationalismus, wird die Arbeiterchaft nutzlos gemacht. Jeder Militarismus bricht sich selbst den Hals, denn:

„Wo ich das Gesetz auf dem Messer liegt, und das Recht bei dem Gauner thronet, ist dem Strege des Armes mehr genügt, als wo heimlich die Lüge wohnt. Noch gibt es ein unheilbares Gericht, das die Lüge vernichtet, doch nur wenn die Schlange, die die Seele zerdrückt, und die Zeit sich verzerren, in schmerzender Gicht, zur eigenen Katastrophe...“

Das Kommando nach anfänglicher Weigerung schließlich bereit, unverzüglicher Dinge wieder abzuschließen. Jetzt wurde von Nationalen die unnütze Forderung aufgestellt: Abzug ohne Waffen. Das Kommando weigerte sich, dieser unmöglichen Forderung nachzugeben. Die Bedrohung wurde härter; die Soldaten wurden mit allerhand Eisenhütten beworfen, durch den Rauch mehrerer herbeigelegter Fabriklokomotiven auszuräumen versucht, bis schließlich das Militärkommando von den Schusswaffen sehr ausgiebigen Gebrauch machen ließ.“

Weiter wird gesagt:

„Die Verbeißung von einer Anzahl Fabriklokomotiven, die dann zur Ausräumung und Verbrühen der Soldaten... benutzt (! D. Red.) wurden, zeigt auch hier Plan und Absicht einer bestimmten Leistung.“

Kein Mensch — auch nicht die vor dem Autoschuppen stehenden Betriebsräte, denen jede Unterhandlung abgelehnt wurde — weiß davon, daß das Kommando unverzüglicher Dinge wieder abzuschließen wollte. Ebenso verhält es sich mit der Behauptung, daß eine Anzahl Fabriklokomotiven „zur Ausräumung und Verbrühen der Soldaten benutzt wurden“. Welche Motive mögen die kommunistischen Zeitungschreiber zu diesem schamhaften Liebesdienst für den französischen Militarismus und Imperialismus bewegt haben? Was war die Ursache zu dieser Schurkerei gegen die eigenen Volksgenossen?

Man sagte der holländischen Sozialistenpresse nach, daß sie alle Dinge sehr nüchtern betrachte. „Get Volk“, Organ der sozialistischen Partei, wendet sich in einem Leitartikel mit größter Schärfe gegen die kruschen Kommunisten. Es sagt:

... im System der Unterdrückung ist ein neues Element festzustellen, nämlich, daß sie von der Arbeit einiger der Unterdrückten Gebrauch machen konnten, die ihnen ansehnliche Dienste erweisen und den französischen Faktoren Entschädigung liefern, die sie so dringend nötig haben. Eine solche auf den ersten Blick unnütze Erzählung, wonach nationale Agenten die Arbeitermassen zu einer Gewalttätigkeit gegen eine kleine französische Truppenabteilung aufgehetzt hätten, man ist in der französischen Presse die Runde. Die Erzählung ist den kommunistischen Organen im Ruhrgebiet und in Berlin entnommen. Das Schließen auf die Vollmenge, die keine Gewalttat im Sinne hatte, war der französische Regierung doch unangenehm gekommen. So empfängt sie Hilfe und Rettung aus den Reihen der deutschen Kommunisten, die einzige Unterstützung die ihr geboten wird, kommt von den Kameraden der niedergeschossenen Proletarier.“

Damit genug. Jedes weitere Wort lenkte die Wirkung ab. — Der französische Militarismus unterdrückt im Ruhrgebiet eine Menge Ausbörter (Spitzel). In uns bekannten Fällen ist er an unsere Mitglieder zwecks Gewinnung zu dieser Judasarbeit — ohne Erfolg — herangezogen. Die Lager der Rabakalen, die naturgemäß mit Unrat überflutet sind, bieten ihm ein geeignetes Feld hierzu. Für heute nur das eine an unsere Mitglieder: Vorsicht! — Später mehr.

#### Französische Arbeiterfront gegen franz. Militarismus.

Das Kaffen der Essen für von neuem die Gefühle des Abscheus bei allen friedliebenden Menschen gegen den Militarismus erweckt. Der französische Gewerkschaftsbund bezieht bei dieser Gelegenheit nochmals seinen Protest gegen die Besetzung des Ruhrgebietes und sagt:

„Diese Politik der Gewalt und Willkür hat nur die Treibereien der zugestimmten Nationalisten begünstigt. Ereignisse, wie sie sich eben zugegetragen haben, machen jede vernünftige Wiedergutmachungspolitik unmöglich und sind dazu angetan, den schon zu sehr geschädigten Frieden noch weiter zu erschüttern.“

Indem der französische Gewerkschaftsbund seine Stimme erhebt, möchte er gleichzeitig gegen die Schieberereien in Essen protestieren und die Arbeiter auffordern, dafür einzutreten, daß einem Abenteuer, durch das die Lösung der Wiedergutmachungsfrage und der Friede der Welt gefährdet wird, ein Ende gemacht wird.

Die Wiederkehr solch schmachwürdiger, blutiger Zwischenfälle — gleichviel, ob deren Opfer Soldaten oder Arbeiter sind — kann nur verhindert werden, wenn der Völkerverbund zur Intervention aufgefordert wird. Diese vom Internationalen Gewerkschaftsbund immer vertretenen Lösung drängt sich heute mehr als je auf. Das ist die Lektion aller Ereignisse und dieses Blutvergießens. Die Arbeiter, die wirklich aus diesen Zwischenfällen gelernt haben, verlangen die Lösung der Wiedergutmachungsfrage im Interesse des Friedens und um die Wiederkehr nicht wieder gut zu machenden Unglücks zu verhüten.“

#### Der Streik

steht heute noch so wie beim Anfang. Die französische Grubenverwaltung hat ihre wahrheitswidrige Propaganda noch verstärkt. Mit allen hinterhältigen Mitteln wird versucht, die Streikenden gegen die Leistung auszubringen. Durch Jugelbitter, hergeköllt in der Druckerei des Saarbergwerks, wurde ein Aufruf an die Saarbergarbeiter erlassen, der per Auto im ganzen Revier mit Hilfe des Militärs verbreitet wurde. Unversehens war der Aufruf von drei Personen, von denen einer ein Bergmann, der andere ein Hörtermann hinst und der dritte ein Revierleiter war. In demselben wird der Streik als ein politischer bezeichnet und zum Abbruch des Kampfes aufgefordert. Ja, es werden sogar Verhandlungen nach Abbruch des Streiks zugesagt. Die Behauptung, daß der Streik ein politischer sei, ist von uns schon so oft mit höchstem Material in allen Versammlungen widerlegt worden, daß es sich erübrigt, darauf einzugehen. „Wohin nehmen die streikenden Verbände zur Fortführung des Streiks die Mittel?“ fragt der Aufruf. Die Antwort lautet: „Hinter den streikenden Saarbergleuten stehen die gesamten Arbeiterorganisationen der Welt, deren Geld reichlich geflossen ist.“ Wir erlauben uns die Anfrage: „Wer gibt dem neu gegründeten Saar-Zentralverband der Bergarbeiter des Saargebietes, der erst vorige Woche aus der Taufe gehoben und außer dem Verband kaum Mitglieder hat, das Geld, um Flugblätter in zehntausenden von Exemplaren mit Autos durch das Revier zu fahren?“ Unser Verband hielt am 20. März, also nach achtwöchiger Streikdauer, eine Revierkonferenz in Saarbrücken ab. Die Konferenz faßte wichtige Beschlüsse, die wir nachstehend kurz wiedergeben:

**Vertrauensvotum für die Streikleitung.**

Die Revierkonferenz nimmt Kenntnis von Mittellungen, wonach eine Verhandlungsführung der streikenden Bergarbeiter nicht vorhanden sein soll. Die Konferenz erklärt, daß der Streik auf Grund der Aussagen des Verbandes beschlossen wurde und demzufolge auch die Organisationsleitung die Führung übernimmt. Der bisherige Verlauf des Streiks beweist, daß politischen den Streikenden und den berufenen Organisationsvertretern vollste Uebereinstimmung besteht.

Es liegt uns absolut fern, in jedem französischen Soldaten einen Gewaltmenschen zu sehen. Gar mancher bezaubert in seinem Geizimmer die brutale Kriegsmaschine mit ihrem Wutgeruch, welche er zu ihrem Sklaven macht. Jedoch gibt es naturgemäß in jedem Heer auch begüterte Elemente, die instinktiv zu Raub und Totschlag neigen. Auf deren Konto sind sicherlich manche Gewalttaten zu setzen, die jedoch nur von sekundärer Bedeutung sind. Die Einbruchsarmer hat aber früher in Befolgung gegebener Befehle ohne Rücksichtlosigkeit totgeschossen, mißhandelt und geprügelt; letzteres sowohl im Großen, als an einzelnen Straßenspassanten. Wir brauchen nicht alle Einzelheiten zur Beweiskührung. Bekannt sind die Erschießungen wehrloser Bergarbeiter und anderer Ruhrbewohner, bekannt die Mißhandlungen in fast allen Städten, besonders in Herne, Roddinghausen und Bochum, bekannt auch die Plünderungen, so wie der Handelstasche Bochum, Arbeiterheim Herne, einzelne Wohnhöfe usw. Der Gipfel alles dessen ist das Raffaker in Essen am Karlsruhtag, wo 43 Menschen mit Gewehrkugeln aufs Straßensplaför gestreut wurden. 13 blieben tot, während die anderen teils schwer, teils leicht verletzt aufgefunden werden mußten.

Es ist nicht Aufgabe eines Gewerkschaftsblattes, über Tagesereignisse zu berichten. Die fluchwürdige Bluttat müssen wir aber chronologisch festhalten, sie bedeutet eine neue Blutschrift im Geschichtsbuch des Militarismus. Folgen wir nungemäß dem Bericht des Betriebsrates:

Am genannten Tage, morgens um 7 Uhr, besetzte französisches Militär den Vakuumwagenpark und die Personenkraftwagenhalle; letztere mit einem Kommando von einem Offizier und 21 Mann. Es bestand zwischen dem Betriebsrat und der Verkleidung eine Abmachung, wonach bei Militärbesetzung des Werkes die Belegschaft durch Streiksignale zu benachrichtigt sei. Das geschah! Weil die Kraftautos zum Transport von Lokomotiven, Lebensmitteln und auswärtsiger Arbeiter notwendig sind, degab sich der Betriebsrat zwecks Verhandlung zu dem Kommando. Auch die Arbeiter zogen vor die im Mittelpunkt des Werkes gelegene Autohalle, um friedlich gegen eine Beschlagnahme zu demonstrieren. Der Vakuumwagenpark wurde nach kurzer Zeit freigegeben, die andere Besatzung blieb. Der Offizier gab dem Betriebsrat bekannt, daß er eine Offizierskommission erwarte, welche brauchbare Autos auszusuchen und beschlagnahmen wolle. Jede weitere Verhandlung lehnte er ab! Gegen 10 1/2 Uhr vormittags verbrachte der Betriebsrat nochmals eine Rücksprache mit dem Offizier. Dieser lehnte ab und ließ die Gewehre gegen die Vorstehenden anlegen. Der Betriebsrat ging zurück, um auf die Menge beruhigend einzuwirken. Hinter der Halle stand eine kleine Lokomotive, deren Abbau durch zerbrochene Fensterklappen in die Halle drang. Anscheinend fühlte sich der Offizier dadurch bedroht und ging gegen 11 Uhr ohne vorherige Warnung mit seinen Leuten feuernd gegen die Wachen vor. 43 Arbeiter blieben in ihrem Blute liegen, die Menge floh auseinander und das Kommando zog ohne geringste Beschädigung (!) ab.

Zu dem Raffaker selbst folgende Frage: Befand sich das Kommando in solch bedrängter Lage, daß es sich nur mit Wassergras wickeln konnte? Diese Frage zu bejahen, wird selbst der französische Nachrichtendienst nicht versuchen. Das Kommando beruhte gar nicht, ohne Wassergewalt abzuziehen. Ein Wort an den Betriebsrat hätte genügt, um freie Bahn zum Abzug zu schaffen. Das Gegenteil geschah jedoch: Als der Betriebsrat eine nochmalige Rücksprache zwecks Abzug beabsichtigte, legte man die Gewehre auf ihn an. — Das Kommando schob sich einfach die Bahn zum Abzug frei, doch auch noch, als die Menge die Flucht ergriß, was durch 27 Rüdenschüsse der Betrachter bewiesen wird.

Der Militarismus hat sein Recht“ das der Gewalt, und deckt seine Verantwortung, sein Schuldbewußtsein mit diesem Recht. In die ihm Falle ist er noch mehr; er setzte den Sohn hinzu. Der französische Nachrichtendienst macht den deutschen „Kapitalismus“ für dieses Vorgehen verantwortlich. Der französische Kommandant von Essen gibt dem Vürgermeister auf einen Protest gegen die Erschießung und eine Eingabe bezüglich der Beerdigungsfelder eine Antwort, in der es heißt:

#### Eine militärische Funtel

ist dem Ruhrbergmann ein Grauel. Das Ruhrgebiet kennt den Soldaten nur in seiner Urlaubzeit. Garnisonen gab es vor dem Kriege im Industriegebiet nicht. Noch heute fühlte jedes Ruhrbergarbeiterherz ein Nachzittern über die angesehene Schmach und die Vergewaltigungen durch den bei erlich-deutschen Militarismus in den Streikjahren 1889, 1905 und 1912: „Hut, Kulturkandale! Der Kapitalismus läßt seine Feste, den Militarismus, auf uns los, um uns in gerechtem Kampf um unsere Rechte zu zerstreuen! Das ist der Gefühlsausbruch der Ruhrbergarbeiter gegen das „Kulturmittel“ deutscher Kapitalisten — den Militarismus — zur Erdrückung des Heiligen — des Bergarbeiter-Arbeiterkampfes.“

Jetzt ist ein anderer Militarismus im Ruhrgebiet eingesetzt, der — Schußwaffen französischer Kapitalisten. Er ist nicht so aufrichtig wie der deutsche, d. h. er ist vornehm-hinterhältig. Der deutsche Militarismus war stets brutal, der französische deckt diese Eigenart hinter einer raffinierten Propagandameibode. Seine Propagandaplatate und Flugblätter sind auf den niedrigsten Instinkt eingestellt: Wir, hochwohlgeblicher, wohlgeborener Arbeiter, wollen wir nicht ein Saar krümmen, wir wollen dich nur von dem deutschen blutgierigen Kapitalismus befreien; folge mir, kleiner,

Die ganze Verantwortung fällt auf die Direktoren der Kruppischen Fabrik... Ich widerstehe mich daher der öffentlichen Bekämpfung der am 31. März gefallenen Arbeiter nicht, unter der Bedingung, daß die Ordnung nicht gefährdet wird, denn ich bin der Meinung, daß diese Willkür nicht durch die Arbeiter selbst, sondern durch die Vertreter des Kapitalismus (!), welche sie gegen die französischen Soldaten aufgebracht haben, verursacht worden sind...“

Nicht wahr, es überkommt den Väter ein eigenartiges Gefühl, wenn ein Vertreter des Militarismus, der in unserem Zeit-

Ein Tarifvertragsbruch liegt nicht vor, da der Lohn tarif ordnungsgemäß gekündigt und die Verhandlungen vom 3. Febr. 1923 zu bindenden Abmachungen nicht geführt haben.

Nach § 1 des Kartellgesetzes vom 8. Oktober 1921 sind die streikführenden Organisationen als berufene Vertreter der Arbeiterschaft anerkannt. Auch bei Schaffung der Tarifverträge erkannte die Generaldirektion der Saargruben die Vertreter der Gewerkschaften, deren namentliches Verzeichnis sie verlangte, als Bevollmächtigte an.

Die Konferenz spricht allen Vertretern der Organisation ihr vollstes Vertrauen aus und betont, daß dieselben nach wie vor Vertretungsvollmacht zur Führung aller Verhandlungen besitzen.

Auch gegen das Vorgehen der französischen Soldateska wendet sich die Konferenz und sagt:

„Alle maßgebenden öffentlichen Stellen versicherten wiederholt, daß die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in den Händen der örtlichen Polizei liege. Trotzdem der Streik bisher in musterwürdiger Weise und Ruhe geführt, die Ordnung nicht gelindert wurde, setzt sich das französische Militär über alle gesetzlichen Bestimmungen hinweg. Abhandlungen der streikenden Bergarbeiter selbst in der brutalsten Weise sind keine Einzelerscheinungen. Verhaftung von den Bomb- und Ordnungsstrafen, ja selbst von Überbretterenden von ihrem Eigentum wird täglich gemeldet. Ohne Rücksicht werden Streikende niedergedrückt, Spaziergänger auseinandergetrieben ufm.

Die Konferenz fordert von der Regierung, deren treuen Händen auch die streikende Bergarbeiterschaft anvertraut ist, den bestmöglichen Schutz gegen diese Gewaltmaßnahmen.“

Ferner wendet sich die Konferenz scharf gegen die Unterstellung, daß der Streik ein politischer sei. Sie bezeichnet dies als eine Verleumdung und sagt, daß die Ablehnung lebensnotwendiger wirtschaftlicher Forderungen den Streikbeschluss am 4. Februar hervorgerufen habe. Dann wurde folgender Antrag der Streikleitung als Material überwiesen:

„Die Konferenz beschließt, falls bis nächste Woche auf die Eingabe der Streikleitung an die Direktion keine Antwort gegeben worden ist, das seitens der Streikleitung stärkere Maßnahmen ergriffen werden, wie Notstandsarbeiten einzustellen oder eventuell den Generalstreik zu proklamieren.“

Alle Nachrichten vom Nachlassen der Standhaftigkeit sind unwahr. Das Streikheer steht geschlossen hinter den Organisationen.

**Verbands- und Arbeitervertreter.**

Die bisherigen Verbandsangestellten Emil Becker und Karl Krämer standen schon lange im Verdacht, es nicht ehrlich mit dem Verband zu halten. Nachdem die Beweise für eine enge Verbindung der beiden mit französischen Streitkräften vorhanden waren, sollten beide aus dem Verband ausgeschlossen werden. Diesem Ausschluss sind die beiden vorgelommen durch Austritt aus dem Verband und Proklamierung des offenen Arbeiterbundes. Sie, die selbst kein Geld besitzen, verbreiten Flugblätter, lassen sie durch französische Flugzeuge abwerfen und durch französische Grubenbeamte verbreiten, in denen sie zur Gründung eines neuen Verbandes der Saarbergleute auffordern. Sie versichern den Saarbergleuten, daß die französische Bergverwaltung behandelt werde, wenn zuvor die Saarbergleute die Arbeit wieder aufnehmen. Dies „Versprechen“ deutet sich fast wörtlich mit dem, was die französische Bergverwaltung den Organisationen mitteilt:

„Diesen scharfschmerzhaften Punkt: Erst Aufnahme der Arbeit, dann Verhandlung, machen sich Becker und Krämer bedingungslos zu eigen. Braucht es noch eines Wortes, um die Gemeingefährlichkeit dieser beiden Leute zu kennzeichnen? Erstreckt man die Hände der Saarbergleute auf die verächtlichen Lockrufe dieser Verräter! Sie sammeln die abgemorstenen Flugblätter, verbrennen sie auf offenem Markt und denken nicht daran, den Doktrinen französischer Agenten zu folgen. In einem scharfen Flugblatt wenden sich unsere Saarkameraden, Bezirksleitung und Ortsfunktionäre gegen die Verräter und wir hoffen, daß ihrem Appell zur Treue gegen den Verband alle Saarkameraden folgen.“

**Zur Charakteristik der (franz.) Völkervereinigung.**

Der Gemeinderat von Diebelskirchen ist durch Veranordnung des Präsidiums der Regierungskommission am 3. April aufgelöst worden. Die Ursache dieser Auflösung ist ein Protest des Gemeinderats gegen die widerrechtliche Freiheitsbeschränkung der Gemeinbürger durch französische Militär. Im dem Protest wurde ausgeführt, daß, wenn die Regierung diese Zustände nicht beheben könne, die Gemeinde zur Selbsthilfe greifen und eine Bürgerwehr gründen müsse.

Statt nun den Wünschen des Gemeinderats Rechnung zu tragen und die Übergriffe der Soldateska zu verbieten, die sich nicht nur gegen Streikende, sondern auch andere, wie Landwirte, die auf ihren Feldern beschäftigt sind, richten, verleiht die Regierung einfach diese gefährliche Bürgerwehr. Damit beweist die Saarregierung wieder einmal, daß sie sich durchaus als Beauftragte Frankreichs fühlt.

**Beendigung des Streiks in Lothringen.**

Der lothringische Bergarbeiterstreik ist durch Aufruf der beteiligten Organisationen am 6. April abgebrochen worden. Zwei Monate haben die lothringischen Bergarbeiter in einem viel schwereren Kampf als die Saarbergarbeiter. Trotzdem nur geringe Unterstützung gezeigt werden konnte, hielten die Bergarbeiter stand. Von den 28.000 Bergarbeitern arbeiten jetzt 10.000 in Merlesbach, 7.000 auf La Saulx und 12.000 in Reimiroffeln. Die größte Zahl der Arbeitswilligen hatte Merlesbach zu verzeichnen. Der Streik ging dadurch verloren, weil die Zahl der Arbeitswilligen, welche sich anfangs größtenteils aus Polen zusammensetzte, in den letzten Tagen größer wurde.

Beigetragen zur Beendigung des Streiks hat, genau wie im Saargebiet, die keine Mittel schenkende Agitation gegen die Verbände. Verleumdungen in Flugblättern, daß der Streik ein politischer sei, erfolgten täglich. Dazu kam, daß die vorantastliche Gesetzgebung, der bekannte § 153 der Gewerbeordnung dem Gegner der Arbeiterschaft ein Tätigkeitsfeld eröffnete. Mehr als 200 Bergarbeiter sind zu Gefängnisstrafen verurteilt oder hatten ihrer Bestrafung. Der streikende Arbeiter hat sich selbst angefaßt, weil, 9 bis 12 Monate Gefängnis zu erhalten. Auch das Militär ist kein Hülfswort, den Streik zu beendigen.

Hoffentlich haben die de Weese und Konforten an dem letzten achtwöchigen Ausstand gelernt, daß es auch für den Unternehmer schädlich ist, mit dem Feuer zu spielen.

Der lothringische Bergarbeiter hat die harte, zentrale Organisation. Hoffentlich lernt auch die Bergarbeiterschaft, wenn auch der Kampf keine momentane wirtschaftliche Besserung brachte, daß eine feste, schlagkräftige Organisation notwendig ist.

Das Grubenkapital hat sich, wie bei jeder Niederlage, seine Opfer in der Abtragung einer größeren Zahl Bergarbeiter gesucht. Es ist Aufgabe der Kameraden, diese Opfer und Schäden wieder zu heilen. Dieses ist nur möglich durch kameradschaftliches solidarisches Zusammenhalten.

Vom Kameraden Reinhard von Lothringer Verband geht uns zum Abbruch des Streiks nachfolgender Bericht zu:

**An die Kameraden des Saargebietes!**

Der Streik in Lothringen mußte abgebrochen werden, da der größte Teil der Belegschaften die Arbeit aufgenommen hatte. Bedingungslos wurde die Arbeit wieder aufgenommen; die Schuld trifft die Streikführer. Des Kapital nimmt seine Rechte. Sämtliche Funktionen des Verbandes werden auf die Straße geworfen. Ein juchzendes Beispiel für die Kameraden an der Saar!

Der gelbe „Saarbund“ sucht in seinen Flugblättern immer wieder die Saarumpens zur Arbeitsaufnahme zu bewegen, dann erst würden die Unternehmer verhandeln. Kameraden an der Saar! Acht euch von derartigen Mitteln nicht einfangen. Das französische Kapital wird Tausende von euch auf die Straße werfen, wenn ihr bedingungslos zur Arbeit geht. Ueber 200 brave Bergarbeiter sitzen im Gefängnis. Der weiße Terror hat eingeleitet. Ein Mörder und ein Stumm sind die reinsten Kinder gegen die Wendel und Konforten.

Kameraden an der Saar! Bedenkt, wenn ihr den Kampf bedingungslos aufgibt, daß die Maßregeln noch schlimmer werden wie in Lothringen. Dort hat man Leute auf die Straße geworfen, welche 36 Jahre auf einer Beche gearbeitet haben. Glaubte den verlogenen Flugblättern von dem sogenannten Saarbund nicht. Sie sind von der Grubendirektion gefesselt, man euch auseinander zu reißen. Wenn ihr bedingungslos zur Arbeit geht, wird die Grubendirektion noch schlimmer mit euch umspringen wie in Lothringen. Mit süßen Reden sucht man euch zu beirren, mit der Peitsche wird man euch später befehlen.

Auch in Lothringen hat man während des Streiks mit Zudröhen und Peitsche unter den Streikenden gearbeitet. Auch dort hat man der Arbeiterschaft erzählt, daß die Direktionen erst nach der Wiederanfang verhandeln würden. Auch dort hat man die Funktionen auf die gemeinliche Art zu demütigen versucht. Mit Hilfe des weißen Terrors ist dieser Streik niedergedrückt worden. Die Direktionen denken nicht an Verhandlungen. Rücksichtslos und brutal wird der beste Teil der lothringischen Arbeiter auf die Straße geworfen. Kameraden an der Saar, bedenkt, daß das gleiche Schicksal euch blüht, wenn ihr auf Flugblätter der Weis, Speicher und Konforten hereinfallt. Nutenden Bergens ist der beste Teil der lothringischen Arbeiter wieder zur Arbeit angefahren. Wir wünschen nicht, daß euch, Kameraden, das gleiche Schicksal beschehen werden soll. Ihr allein habt es in der Hand, dieses zu verhindern. Durch festes Zusammenstehen muß es euch gelingen, den Sieg an eure Fahnen zu heften.

**Grubensicherheitswesen in Preußen.**

Während früher die Durchführung der gesetzlichen Sicherheitsbestimmungen im Bergbau dem Minister für Handel und Gewerbe bzw. seinen Organen, dem Oberberg- u. Bergämtern oblag, beschloß auf Antrag der freigewerkschaftlichen Bergarbeitervereine der preussische Landtag am 15. Juli 1921, daß ein Grubensicherheitsamt einzurichten sei. Dieses Amt ist, wie bekannt, obigem Ministerium (Bergbauabteilung) angegliedert. Seine Aufgaben sind: Bearbeitung der bergpolizeilich-sicherheitslichen Angelegenheiten, des Unfallwesens u. der Unfallversicherung sowie der sicherheitsrechtlichen Einrichtungen. Außerdem fallen in sein Gebiet die allgemeine Arbeiterschutz, die Ausbildung der Grubensicherheits- und Bergangehörigen der Betriebsbevollmächtigten bei Fragen der Unfallversicherung.

Das Grubensicherheitsamt, welches von dem Referenten für die bergpolizeilich- und sicherheitslichen Angelegenheiten im Handelsministerium gebildet wird, gliedert sich in eine Hauptkommission und fünf Bezirkskommissionen. Allen Kommissionen gehören paritätisch Arbeiter- und Unternehmervertreter an. Die Hauptkommission hat wiederum einige Sachverständige geschaffen, welche die einzelnen Fragen vorzubereiten haben, ehe sie von der Hauptkommission zur Beschlussfassung vorgekommen werden.

Dieses Grubensicherheitsamt hat vor einigen Wochen einen Bericht über das Grubensicherheitswesen in Preußen herausgegeben. Er ist im Sonderdruck der „Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen“ (1922, Band 71) erschienen. Wir wünschen nur, daß alle interessierten Kameraden und besonders solche, die dem Grubensicherheitswesen kritisch gegenüberstehen, sich dieser Literatur widmen würden. Die Fülle des dort vorhandenen Materials läßt sich leider in einem Zeitungsartikel nur kurz skizzieren. Im preussischen Bergbau haben sich 1921 zahlenmäßig und prozentual Unfälle ereignet (in Klammern gesetzte Zahlen geben den Stand des Vorjahres an):

	Zusammen	unter Tage	über Tage	Steinlohlenberg. allein
Anzahl der Beschäftigten Arbeiter einschl. techn. Beamte	964.790 (927.021)	586.508 (549.975)	318.063 (?)	743.847 (700.188)
Anzahl der tödlichen Bergunfällen	1776 (1988)	1374 (1583)	303 (?)	1487 (1617)
Auf 1000	1,841 (2,146)	2,344 (2,578)	0,963 (?)	1,999 (2,310)

Nach dieser Statistik ist ein Rückgang der Unfallziffern gegen das Vorjahr zu verzeichnen. Im Berichtsjahr ereigneten sich mehrere größere Unfälle, so am 4. Februar auf Konstantin 7 Mann tot (Zubehörfeld der Str.-Be.), ferner das große Unglück auf derselben Beche am 10. Juni, welches 85 tote forderte; am 12. April auf Konstantin VII 18 Mann tot (Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosion); Steinkohlengrube König in Oberschlesien am 5. März 11 tote (Kranke); Sophiengrube in Waldenburg am 22. April 11 tote (Kohlenstaubexplosion); Helene (Oberbergamt Dortmund) am 20. August verbotswidriges Sprengen einer Zeilgrube - Kohlenstaubexplosion; 12 tote; Viktoria Mariä am 20. Oktober 10 tote (Schlagwetterexplosion). Von den 1374 tödlichen Unfällen über Tage ereigneten sich:

durch Stein- und Kohlenfall	489 = 35,6%
in blinden Schächten und Streden mit aufwärts- oder abwärtsgehender Förderung	295 = 21,5
bei der Förderung in horizontalen Streden	148 = 10,8
durch Explosionen	139 = 10,1
in von Tage ausgehenden Schächten	96 = 7,0
bei der Schichtarbeit	75 = 5,5
durch böse oder matte Wetter	30 = 2,2
bei Wasserdurchbrüchen	6 = 0,4
durch Maschinen	2 = 0,2
auf sonstige Weise	84 = 6,1

Der Bericht behandelt weiter die einzelnen Unfallarten ausführlich. Besonders interessant ist der Teil über Sprengstoff- und Schichtarbeit. Dort werden die zugelassenen Sprengstoffarten und Sprengstoffe und ihre Sicherheit oder Gefährlichkeit mit besonderer Beachtung erörtert. Die Nachwirkung des Sprengstoffes machte sich auch im Berichtsjahr auf dem Gebiete des Sprengstoffes und Säuremittelwesens darin bemerkbar, daß zahlreiche Sprengstoffe aus Preussensammation hergestellt wurden, die das Sprengwesen ungünstig beeinflussten. Besonders in Mitteldeutschland und Oberschlesien kamen vielfach Entwendungen von Sprengstoffen vor. — Im Berichtsjahr tauchte — gelegentlich des Mont-Cenis-Unglücks — die Einföhrung des Dynamitverbrauchs auf. Da sich weitere Anzeichen auf die Gefährlichkeit des Dynamitverbrauchs in der Grube hinweisen, erscheint eine wesentliche Einschränkung am Platze.

Auch die Frage der Lehrschichtmeister wurde im Berichtsjahr an der Oberbergamts Dortmund mit den beteiligten Stellen haben zur Aufhellung von Richtlinien geführt. An Hand deren vom 18. April bis 16. Dezember 1921 in acht Lehrgängen von 216 Schichtanlagen 23 Schichtmeister als Lehrschichtmeister ausgebildet wurden. Die Dauer jedes Lehrganges betrug drei Wochen, die Teilnehmerzahl durchschnittlich 33. Der Lehrgang zerfiel in sieben Doppelstunden wöchentlichen Unterrichts an der Bergschule Bochum und zwei Nachmittage mit praktischer Vorbereitung auf der berggewerkschaftlichen Versuchsstelle in Bernau. Die Erfahrungen dieser Ausbildung waren gut. Ferner Lehrschichtmeister ausgebildet, die ihrerseits die anderen Schichtmeister auf den Werken unterweisen sollen, da die Zahl für diesen regelmäßigen Lehrgang bezw. für ihre Unterweisung auf der Versuchsstelle zu groß ist.

Ein besonderes Kapitel ist das der Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen. Besonders die Kohlenstaubexplosionen und ihre neuzeitlichen Verhütungsmöglichkeiten verdienen volle Aufmerksamkeit. Wir werden hier, weil es sich als notwendig erwiesen hat, in der „Bergarbeiter-Zg.“ noch ausführlich Stellung nehmen. Aus diesem Grunde lassen wir heute diesen Stoff unberührt.

Die Einführung der elektrischen Grubenlampen hat im Dortmund Bezirk weiteren Boden gefunden. Am 21. Dezember 1921 waren auf 45 Schichtanlagen diese Lampen eingeführt gegen 25 am 1. Januar 1921. Auf 42 weiteren Schichtanlagen war man mit der Einführung begriffen. Man war bemüht, den Mangel der elektrischen Lampe (Nichtanzeige von Grubenwetter) zu beheben. Mittlerweile ist ein Preisaus schreiben für Schlagwetteranzeiger erfolgt.

Im Berichtsjahr ist der „Ausschuss für das Grubenrettungswesen im Preussischen Bergbau“ unter Beteiligung der Bergbehörden und der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie Sachverständigen gebildet worden. Er soll als einheitliche Stelle zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen auf diesem Gebiete und zur Erhaltung der Behörden und der Werkstätten dienen. Die in den Hauptbergbaubezirken zumeist von den Sektionen der Knappschaftsvereinigungen, in Rheinland-Westfalen vom Bergbauischen Verein in Essen eingerichteten Rettungsabteilungen sollen auch weiterhin auf dem Gebiete der Ueberwachung der Weiseneinrichtungen und der Ausbildung der Bergleute und Beamten im Rettungswesen tätig gewesen. Es sind auf sämtlichen Rettungshauptstellen Ausbildungskurse abgehalten worden.

Wie notwendig eine Reform im Grubenrettungswesen ist, zeigt recht deutlich die letzten Massenunglücke in Oberschlesien. Der Bericht enthält weiter wertvolles statistisches Material über Unfälle im Bergbau. Wir werden bei den sich wohl bietenden Gelegenheiten noch darauf zurückkommen.

**Am Wendepunkt der Preisentwicklung?**

Diese überaus wichtige Frage wird in dem Leitartikel der diese Woche ausgegebenen Nr. 4 unserer Mitteilungsblätter „Verband und Wirtschaft“ in sachlicher und gründlicher Weise untersucht. Die Hoffnung auf einen baldigen Preisabau hat durch das Eingreifen der Reichsbank auf den Devisenmarkt einen mächtigen Antrieb erhalten. Und doch zeigt sich, daß es nicht dieses Eingreifen war, welches den Preisanstieg der letzten Monate zu einem gewissen Stillstand brachte, sondern, daß vielmehr die Krediteinsparungen der Reichsbank und der Großbanken im Zusammenhang mit preisdrückenden Maßnahmen auf anderen Gebieten dieses Wunder bewirkt haben. Wir sehen am Vorabend einer Stabilisierungskrise, deren endlicher Eintritt jedoch wesentlich von dem Ausgange des gegenwärtigen Kampfes an Ruhr und Rhein abhängt. Für die Lohnpolitik ergibt sich jetzt als wichtigste Aufgabe, die fast verminderte Kaufkraft des Arbeitelohnes zu heben, eine Aufgabe, die mit den bisherigen Methoden der Erhöhung des Minimallohnes nicht oder nur unzulänglich gelöst werden konnte. Was man unter der Kaufkraft des Geldes zu verstehen hat und welche Umstände seine Senkung bedingen, wird in dem Artikel dem Leser verständlich vor Augen geführt. Nicht mit leicht irreführenden Schlagworten, sondern nur in nüchternen Ueberlegung wird es möglich sein, Wege zu finden, um unter Berücksichtigung aller volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten der Gegenwart die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern. — Daß mit dieser Verbesserung nicht nur eine Erhöhung des Einkommens gemeint ist, ist klar, auf vielen Gebieten gilt es verheißungsvolle Ansätze wieder zu spinnen. So zeigt ein folgender Artikel die Bedeutung der Berufsfreude in modernen Wirtschaftskreisen. Berufsfreude — wie vielen ist sie unter der Last des Müdags erloschen und doch wie notwendig ist sie zur Hebung der Produktivkraft der Arbeit. Wer schafften will, muß Freude haben! Unwillige Arbeit hat noch weniger wie den halben Ertrag. — Zu den vielen Sorgen im Leben des Lohnarbeiters gehört die Gefahr der Arbeitslosigkeit, die gerade jetzt im Wachsen begriffen ist. Eine umfassende Ueberlegung beschäftigt sich mit der geplanten Arbeitslosenversicherung, für die auch der Bergbau reges Interesse zeigen sollte. Ist auch im Steinkohlenbergbau vor der Hand ein Beschäftigungsmangel größeren Umfangs nicht zu fürchten, so sind doch die anderen Zweige des Bergmannsberufes um so mehr bedroht. — Die regelmäßige wirtschaftliche Ueberprüfung gliedert sich in folgende Teile: Gebenfrage, Reparationsfrage, Veränderung der Markt, Leuerung, Bergbau, welche in einzelnen die wichtigsten Fragen beleuchten. Der arbeitsethische Teil ist diesmal sehr reichhaltig und bringt eine Anzahl wichtiger grundsätzlicher Entscheidungen; ferner: Notizen, unter welcher Ueberleitung einige interessante Angaben aus der Volks- und Weltwirtschaft gemacht werden, können der Aufmerksamkeit des Lesers empfohlen sein. — So wird auch die neueste Nummer unserer Verbandszeitschrift unseren Funktionären und Kreisberatern ein willkommenes Helfer sein bei der Erfüllung ihres schweren Amtes. Be.

**Die Kosten der Rheinlandbelegung.**

Nach einer amtlichen, dem Reichstag vorgelegten Denkschrift betragen die von Deutschland gezahlten Kosten der Rheinlandbelegung bis Ende 1922 4 1/2 Milliarden Goldmark, während Deutschland in den letzten vier Jahren vor dem Kriege für Meer und Flotte insgesamt nur 3 1/2 Milliarden Goldmark ausgab. Im Rheinland waren vor dem Kriege 28 Orte mit 70.000 Mann Militär belegt, jetzt unter der Besatzung 220 Orte mit 145.000 Mann. Vorhanden waren im Rheinland 32 Schießplätze usw., durch die Besatzung sind 34 neue Anlagen dazu gekommen, zu 7 vorhandenen Flugplätzen weitere 19. In 61 Orten sind 250 Jagdabteilungen beschlagnahmt worden. Außer den vorhandenen und neu gebauten Kasernen sind 10.000 Zimmer und 15.000 Wohnungen mit 37.000 Zimmern beschlagnahmt worden. Die Kommissionen, Delegierten usw. worten im Herbst 1922 1.500 Köpfe stark, für die französische Abteilung zahlte Deutschland 1922 1,3 Milliarden Mark!

Zur Sicherung Frankreichs ist dies rheinische Heerlager nicht nötig, wirtschaftlich bedeutet es eine Belastung Deutschlands, die viel besser zu Reparationsleistungen benutzt würde. Aber auf die letzten kommt es den maßgebenden Kreisen wohl nicht so sehr an, als auf die Befriedigung des Stiegers ohne Rücksicht auf das, was im Interesse beider Völker läge.

**Von den Betriebsräten.**

**Betriebsratswahlen im Bergbau im Bezirk Halle.**

Die Betriebsratswahlen sind noch nicht völlig abgeschlossen, wie sich deshalb aus der Lage, ein Teilergebnis zu berichten. Von den Kandidaten sind insgesamt gewählt: Freie Gewerkschaften 292, Christen 15, Reichs-Dunker 8, Polen 1, Union 12, Gelbe 4. Auf den freigewerkschaftlichen Listen wurden 221 Kameraden unserer Verbände gewählt. Die übrigen gehören dem Metallarbeiterverband und dem Verband der Maschinen- und Feiger an. Bemerkenswert ist, daß gerade in den bisher radikalsten Betrieben die Freie gewählt wurden, die, wie aus einer dortiger Gewährsmann mündlich, stark mit den Kommunisten sympathisieren. — Die erste Kampfabgabe hat somit einen guten Erfolg gebracht. Das endgültige Ergebnis teilen wir mit.

**Aus der Tarifpraxis.**

**Tarifunfähige Union.**

Da die Unionisten nicht als Tarifvertragsparteien anerkannt sind, zu den Schlichtungsausschüssen nicht zugelassen werden, wandte sich ihre Zentrale an den Demobilmachungskommissar, von dem sie folgende Antwort erhielt:

Der Regierungspräsident. Münster, den 25. Febr. 1923.

Auf die Beschwerde vom 3. Dezember 1922 an den Herrn Regierungspräsidenten in Arnberg, die dieser zuständigkeitshalber an mich abgegeben hat, entscheide ich, daß der Union der Hand- und Kopparbeiter Deutschlands der Charakter einer wirtschaftlichen Vereinigung im Sinne der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (S. 20) nicht anzuzuschreiben ist.

Als wirtschaftlich, im Sinne der Verordnung vom 23. Dezember 1918 sind nur Berufsvereine, d. h. Vereine, die die Interessen eines oder mehrerer verwandter Berufe wahrzunehmen, anzusehen. Die Union der Hand- und Kopparbeiter Deutschlands ist jedoch auch nach ihren neuen Satzungen kein Berufsverein, da sie nach § 2 ihrer Satzungen sämtliche Berufe mit Ausnahme derjenigen der Rentner erfassen will. Daß die Union die mehr eine Vereinigung mit vorwiegend politischer Tendenz ist, geht klar aus ihrem inneren Aufbau hervor, dem das Rätekohärenz ein rein politisches System zugrunde liegt.

Bei dieser Entscheidung bin ich in Uebereinstimmung mit der Auffassung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe.

gegl.: Dr. G. Sallinde.

Begläubigt. geg.: Hilb, Kanzleibücher.

Die Unionisten schreiben nun über das ungleiche Recht. Warum denn? Sie schreiben doch sonst immer so laut über die „Ausweisung der Arbeitergemeinschaft“.

### Soziales Recht - Arbeiterversicherung.

#### Berlängerung

#### der Geltungsdauer der Demobilisationsverordnung.

Durch Gesetz vom 23. März 1923 („Reichsgesetzblatt“ Nr. 23, Seite 215 vom 20. März 1923) ist die Geltungsdauer der Demobilisationsverordnung bis zum 31. Oktober d. J. verlängert worden. Folgende Verordnungen, die für die Arbeitergemeinschaft in Frage kommen, bleiben demnach in Kraft:

1. über Erwerbslosenfürsorge vom 1. November 1921 nebst der geänderten Verordnung vom 21. März 1922;
2. über die Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten vom 12. Februar 1920 und 28. Januar 1922;
3. über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 und 17. Dezember 1918;
4. über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919;
5. betreffend Maßnahmen gegenüber Betriebsabbrüchen und -stilllegungen vom 8. November 1920;
6. über Erweiterung der Fortbildungsschule vom 28. März 1919.

Die Verordnung über Tarifverträge und Schlichtung von Streitigkeiten vom 23. Dezember 1918 hat, wie bekannt sein dürfte, überhaupt Gesetzeskraft.

### Gesetzgebung und Verwaltung.

#### Polizeiverordnung über den Vertrieb von Sprengstoffen.

Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat eine neue Polizeiverordnung über den Vertrieb von Sprengstoffen an den Bergbau erlassen. Dieselbe ist veröffentlicht worden im „Deutschen Reichsanzeiger und Preussischen Staatsanzeiger“ vom 17. Februar d. J. und tritt am 1. Mai in Kraft. Wir wollen das Wichtigste aus dieser Verordnung auszugsweise wiedergeben.

Im § 1 wird gesagt, welche Sprengstoffe im Sinne dieser Polizeiverordnung sind. Es wird unterschieden zwischen Gesteinsprengstoffen und Wetterprengstoffen. Unter Gesteinsprengstoffen sind alle nicht wasserlöslichen Sprengstoffe verstanden, gleichgültig, ob sie in eigentlichen Gesteinsarbeiten (z. B. Querschlägen) oder auch in Kohlenbetrieben, soweit für diese die Verwendung von Wetterprengstoffen nicht vorgeschrieben ist, Verwendung finden. Wetterprengstoffe sind solche, die bestimmten Anforderungen hinsichtlich der Sicherheit gegen Schlagempfindlichkeit und Kohlenstaubentzündung und an Betriebspunkten mit Schlagempfindlichkeit und Kohlenstaubentzündung entsprechen müssen. Flüssig-Pulver-Sprengstoffe fallen nicht unter die Polizeiverordnung; für diese ist bezüglich ihrer Zulassung das bisherige Verfahren vorerst noch maßgebend. (Es bleibt zu erwarten, daß auch die Sprengung mit flüssiger Luft durch neue Verordnung baldmöglichst geregelt wird.)

In den weiteren Paragraphen der Verordnung § 5-6 wird der Vertrieb von Sprengstoffen an den Bergbau geregelt. Darin wird gesagt, daß der Sprengstoff, der vertrieben werden soll, in die „Liste der Bergbauprengstoffe“ aufgenommen sein muß. Auch die Hersteller des betreffenden Sprengstoffes müssen in dieser Liste aufgeführt sein. Neu aufzunehmende Sprengstoffe oder solche, die in dieser Liste gestrichen werden, werden im „Reichs- und Staatsanzeiger“ bekannt gegeben.

Die §§ 6-18 gelten bei chemischen Zusammensetzung der Sprengstoffe.

Der § 19 regelt die Bezeichnung des Sprengstoffes. Danach ist mit der Aufnahme des Sprengstoffes in die Liste auch die Bezeichnung des Sprengstoffes genehmigt. Die Sprengstoffe dürfen also nur die in die Liste aufgenommene Bezeichnung führen. Die §§ 20-25 regeln Patronierung, Verpackung und Kennzeichnung der Sprengstoffe. Dort wird auch die Farbe des Patronenpapiers vorgeschrieben und zwar: Pulverprengstoffe müssen in braunem, brillante Gesteinsprengstoffe in rotem und Wetterprengstoffe in gelblich-weißem Papier eingewickelt sein.

Für die Verpackung der Patronen wird vorgeschrieben, daß alle Sprengstoffe nur in Kisten verpackt werden dürfen. Brillante Gesteinsprengstoffe müssen außerdem in besonderen Paketen von höchstens 2½ Kg. verpackt und das Paket in rotem Papier eingeschlagen sein.

Für die Patronen sind folgende Aufschriften vorgeschrieben: Bei den Pulverprengstoffen Name des Sprengstoffes, Firma des Herstellers und Bezeichnung der herstellenden Fabrik. Bei den brillanten Gesteinsprengstoffen müssen die Patronen den Namen des Sprengstoffes, Firma des Herstellers, Jahr der Herstellung, Bezeichnung der herstellenden Fabrik, Kisten- und Patrimonialnummer enthalten. Für Wetterprengstoffe gilt das gleiche wie für Gesteinsprengstoffe.

Die Pakete der brillanten Gesteinsprengstoffe müssen nebst Bezeichnung des Sprengstoffes, der Herstellerfirma usw. auch die Anzahl der in den Patronen enthaltenen Patronen aufweisen. Bei Wetterprengstoffen das gleiche, jedoch muß der Name des Sprengstoffes mit einem die Art des Sprengstoffes erklärenden Zusatz versehen sein.

Die Kisten müssen ungefähr dieselben Aufzeichnungen tragen und zwar bei Pulverprengstoffen in schwarzer Farbe, bei brillanten Sprengstoffen in roter Farbe und bei Wetterprengstoffen auch in schwarzer Farbe.

Der § 26 läßt Ausnahmsbestimmungen durch den Minister zu, während der § 27 die Strafbestimmungen festlegt.

Diese Polizeiverordnung ist geeignet, eine gewisse Regelung in die bisherige Sprengstoffanarchie hineinzubringen. Unsere Betriebsräte müssen versuchen, sich in diese Materie hineinzuarbeiten, damit sie auch auf diesem Gebiet wirksam tätig sein können.

In den §§ 2-5 ist von einer „Liste der Bergbauprengstoffe“ die Rede. Diese Liste ist gleichfalls in der erwähnten Nummer des „Reichs- und Staatsanzeigers“ enthalten und umfaßt ungefähr sechs Geltungsstellen. Darin sind die einzelnen Sprengstoffarten und ihre chemische Zusammensetzung angeführt, daneben sind jene Firmen bezeichnet, welche den betreffenden Sprengstoff herstellen.

### Internationale Rundschau.

#### Kommunistische Überred.

Wie bei uns, so liegen die Kommunisten überall gegen die freien Bergarbeiterorganisationen. Unsere schwebende Grubenorganisation beachtet Ende März einen Streik durch eine Vereinbarung mit den Unternehmern. Die Kommunistenblätter „Rote Probe“ ufm.

# Wichtige Verbandskonferenz.

Am 13. und 14. April trat in der „Eisenhütte“ zu Bielefeld die Reichskonferenz des gesamten Vorstandes und der Bezirksleiter unseres Verbandes zusammen, um zu den aus der wirtschaftlichen Entwicklung und der Besetzung des Ruhrgebiets sich ergebenden Fragen neben solchen organisatorischer Art Stellung zu nehmen. Kamerad Gulemann gab einleitend, nachdem er mit ehrenden Worten über von den Franzosen erschossenen und jüngst verstorbenen Kameraden gebacht hatte, einen umfassenden Überblick über die geschaffene Lage, indem er dabei die Notwendigkeit der weiteren Abwehr des französisch-belgischen Rechtsbruches an Ruhr und Rhein unterstrich. Der Anreiz zu der Besetzung ist, wie der Redner hervorhob, in wirtschaftlichen Interessenkonflikten der Völker zu suchen, weshalb auch nur mit wirtschaftlichen Mitteln eine Lösung des Konfliktes herbeigeführt werden könne. Darauf hinzuweisen sei Pflicht der Bergarbeiter, welche ja einen großen Teil der Last des Abwehrkampfes neben anderen Schichten der Bevölkerung tragen. Unser Kamerad Gulemann warnte davor, nächste wirtschaftliche Erwägungen durch gefühlsmäßige Betrachtungen überboten zu lassen, im Gegenteil solle man in Deutschland mehr als bisher solche Erwägungen laun zugehen. Auch wir Deutsche hätten ein Interesse, alles zu tun, was eine baldige und durchführbare Regelung des Reparationsproblems gefunden wird, wozu er hoffe, daß sich die leistungswilligen und leistungsfähigen Kräfte unseres Volkes zu aufbauender Arbeit zusammenfinden mögen, denn wir seien bei diesem Kampfe nur auf unsere eigene Kraft angewiesen.

Ein zweites Referat, welches die wirtschaftliche Lage behandelte, wurde von dem Kameraden Dr. Berger erstattet. Der Referent ging vor allem auf die Fragen der Währungsreform ein. Es sei erforderlich, die begonnene Aktionierung der Geldpolitik fortzusetzen, insbesondere müsse die Reichsbank und mit ihr die Großbanken energischer alle Kredite beschneiden, welche lediglich dem Durchhalten aufgehobener Warenvorräte dienen. Die zusammenbrechende Inflationssituation lasse allerdings auch ernste Folgen für die Arbeiterwelt nach sich, Folgen, die jedoch mit der Notwendigkeit nicht mehr beseitigt werden könnten, da die politischen und wirtschaftlichen Grenzen der Kaufkraftveränderung erreicht sind. Die Uebergangsschwierigkeiten würden um so leichter überwunden, je eher eine tragbare Lösung des Konfliktproblems gefunden würde. Bei solchen Lösungsvorschlägen sollen wir nicht untätig beiseite stehen. Deutschlands Wiederaufstieg sei sicher, wenn es sich zu den hohen Idealen des deutschen Volkes bekennet.

Kamerad K. Schmidt unterzuchtete dann die Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lohnentwicklung und unterstrich die Notwendigkeit, die Kaufkraft des Lohnes der Bergarbeiter zu erhöhen. Die an den Preisabbau nach der Marktlage geknüpften Erwartungen sind noch nicht in ausreichendem Maße eingetreten. Von der Regierung sei daher zu fordern, in ihrem Bemühen, die Warenpreise zu brüden, nicht zu erlahmen, sondern, allen Folgen der Inflationserwartungen zum Trotz, die privaten Quellen der Geldentwertung zu verstopfen. Das Einkommen der Bergarbeiter müsse mit dem Preisstand in Einklang gebracht werden, weil sonst erhebliche Erschütterungen drohen. Den wirtschaftlichen Schwerezeiten solle man eben von allen Seiten Rechnung tragen.

Kamerad Martini referierte endlich über die Einzelheiten der Ruhrbesetzung und Stellung, die die Bergarbeiter dazu eingenommen und in Zukunft weiter dazu einzunehmen werden. Die Richtigkeit des passiven Widerstandes gegen den fremden Mi-

ßbrauch zur Absehung der Führer des Bergarbeiterverbandes auf. Die Antwort gab ihnen die Konferenz der Bergarbeiter, die mit allen gegen vier Stimmen die Haltung der Organisationsleitung billigte und die Schreibweise der kommunistischen Verurteilung. Das Schönste dabei war aber die Feststellung, daß der Kommunismus, Sekretär der kommunistischen Bergarbeiterorganisation in Ostrau, aus eigenem Antrieb die Vereinbarung ebenfalls unterschrieb!

### Bergarbeiterstreik in England.

Am 14. März nahm das Unterhaus eine Resolution an, in welcher die Verbesserung der Bestimmungen der „Coal Mines Act“ (Gesetz über die Kohlengruben) vom Jahre 1911 verlangt wird. Die Zusatzanträge sollen unverzüglich eingeführt werden und Gesetzeskraft erhalten, um den Arbeiterstreik in der Bergbaubranche möglichst vollständig zu machen. In diesem Zusammenhang wird festgestellt, daß im Jahre 1922 auf Grund von Unfällen 1029 Bergleute ums Leben kamen. In den fünf Jahren, die mit dem 31. Dezember 1914 endeten, wurden jährlich durchschnittlich 1495 Menschen getötet. Die entsprechende Zahl der Verletzten und länger als 7 Tage arbeitsunfähig gewordenen Bergleute stellte sich auf 164.150.

### Die australischen Bergarbeiter verlangen die Verstaatlichung der Gruben.

Auf der ordentlichen Sitzung des Generalrates der Föderation der Angestellten des australischen Kohlenbergbaus (Austral-Asian Coal and Shale Employees Federation) wurde eine Resolution zugunsten der Verstaatlichung der Kohlengruben angenommen. Dies sei das einzige Mittel, um die Krise in der Kohlenindustrie zu überwinden. Der Antrag lautet wie folgt:

„Angesichts der Zerberzung der Grubenbesitzer auf Lohnreduktionen und der Tatsache, daß die Unternehmer während der letzten 12 bis 14 Jahre nicht in der Lage waren, den Mitgliedern der Föderation mehr als durchschnittlich 1½ Tage pro Woche Arbeit zu verschaffen — und zwar nach den Beobachtungen des Verbandes wegen der Eigennützigkeit oder der Unfähigkeit der Unternehmer und der infolge der mangelhaften Belüftung in der Grube immer mehr um sich greifenden Augenkrankheit, beauftragt der Rat die Exekutivkommission, die nötigen Schritte zu unternehmen, um der Allgemeinheit Klar zu machen, daß nur durch die Verstaatlichung des Bergbaus gerechte Kohlenpreise, bessere Arbeitsbedingungen und für die in der Kohlenindustrie Beschäftigten ein anständiger Lebensstandard erzielt werden könne.“

### Aus dem Kreise der Kameraden.

#### Sammlungen für Streikende.

Auf verschiedenen Versammlungen nehmen die Unionisten aller Schattierungen Sammlungen für die im Streik stehenden Gebiete vor. Es gehört zur „Kulturgeschichte“ aller ja mit und besonders betragsheluen oder betragsheluen Unionisten, daß sie mangels eigenen Opferwillens erst bei Ausbruch eines Streiks auf den Bettel gehen, um Kampfgehilfe von Andersgeimmten zu erschleichen. So war es leider auch in den Jugendjahren unserer Organisation. Heute ist die betragsheluen Schickel abgeändert und unser Verband ist eine betragszahlende Organisation. Wir machen unsere Kameraden darauf aufmerksam, daß sie sich an den Sammlungen nicht beteiligen sollen. Jeder bezahle zunächst seine jährlichen Beiträge und eventuelle Extrabeiträge und agitiere für den Verband, dann hat er genug und seine Pflicht getan. Wo bisher, auch unsere Kameraden solche Sammlungen vorgenommen haben, entspricht dies sicherlich einem guten Willen. Wir bitten jedoch, die Parole des Verbandes zu beachten.

#### Auch eine Reichskonferenz.

Diesmal ist es die A.M.U. (Allgemeine Arbeiter-Union), gewerkschaftliches Anhängel der kommunistischen Arbeiterpartei (K.A.P.D.), welche in den ersten Apriltagen in Berlin eine „Reichskonferenz“ abhält. Einem Bericht des „Kampfruf“, Vereinsblättern dieser Union, ist zu entnehmen, daß 14 Delegierte und fast ebenso viel „Bögen“ anwesend waren, darunter zwei Referenten und vier Vertreter der Partei bezw. ihrer Organe.

Itarismus und Imperialismus sei unbedritten, wie auch Stimmen ausländischer Arbeiterführer belunden. Gewalt können und wollen wir nicht mit Gewalt begegnen; das Zischen der Arbeiterschaft, dem nicht zuletzt der französisch-belgische Angriff gilt, sei, durch Verhöhnung zum Frieden und zur Freiheit zu gelangen.

Ueber internationale Verhandlungen berichtete kurz der Vorsitzende Gulemann.

Die ausgedehnte Aussprache ergab die Zustimmung der Konferenz zu den wichtigsten Gedanken der Verhandlungen der Reichskonferenz. Nach Erledigung organisatorischer und knappschafflicher Angelegenheiten wurde auch zum Saarstreit Stellung genommen. (Wir bitten, den Aufruf des Vorstandes unter „Verbandsrichtlinien“ zu beachten.)

Folgende Entschließung wurde als Ersatz für den vom kameradschaftlichen Komitee getragenen Konferenzaustritt einstimmig angenommen:

„Die am 13. und 14. April in Bielefeld tagende Reichskonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands stellt sich einmütig und der Haltung des Verbandsvorstandes zustimmend hinter den passiven Abwehrkampf der Bevölkerung an Ruhr und Rhein und bekundet den ungeschwankten Willen,

freimder Willkür und brutaler Gewaltanwendung sich nicht zu beugen. Von der Auffassung ausgehend, daß die heute zwischen den Völkern stehenden Fragen nur nach sachlich-wirtschaftlichen Grundfragen und nicht politisch-militärisch gelöst werden können, verzurteilt die Konferenz, mit dem Bewußtsein tiefsten Abscheus den Ueberfall französischer und belgischer Truppen auf eine friedliche, arbeitende Bevölkerung; sie weiß daher auch ebenso weit jeden Gedanken von sich, durch Abkehr von der bisher erfolgreich angewendeten Abwehrmitteln die grausame Gefahr einer blutigen Auseinandersetzung heraufzubeschwören.

Um den jahrelang gequälten Völkern Europas den Frieden wiederzugeben, erachtet es die Konferenz der Bergarbeiter für eine heilige Pflicht der Regierungen, seine Gelegenheit zur Anbahnung einer friedlichen Verständigung ungenutzt vorbegehen zu lassen. Sie glaubt, daß die Welt und die Geschichte der Regierung, welche als erste diesen Weg sucht und beschreitet, diese Tat nicht als ein Eingeständnis der Schwäche, sondern als Zeugnis innerer Stärke und tiefer Einsicht deuten wird.

Die Bergleute wissen, daß der Weg zum Frieden über schwerste Opfer an Gut und Blut aller Teile unseres Volkes führt, wie auch sie durch wiederholte Ueberarbeit das ehrlöse Erfüllungsstreben Deutschlands taufständig unterstützt haben. In der Erkenntnis, daß es nach Jahren harter, aber freier Arbeit aller Volksgenossen möglich sein wird, Lohnen aus dem verlorenen Kriege abzutragen, deren Schwere nicht durch einseitiges Elend, sondern durch gleichberechtigte Verhandlung bestimmt ist, wendet sich die Konferenz an die deutsche Regierung mit dem Ersuchen, ihren Plan zur Lösung der Reparationsfrage zur internationalen Erörterung zu stellen.“

Der Massenstreik wird verschwiegen. Nur eine Ortsgruppe, Delligsen, hat „gellapert“. Es ist dies nach dem Region ein kleiner Streik in Braunschweig mit einigen Tausend Einwohnern. Alle Delegierte klagen, daß es nicht vorwärts geht, die von Rheinland-Westfalen sagen, daß dort das Proletariat sehr „matt und apathisch“ ist. Solch ein Gewächs nennt sich aber auch gewerkschaftliche Organisation und heißt auch eine „Reichskonferenz“ ab. Nebenbei sei bemerkt, daß die „Kommunistische Arbeiter-Zig.“ Organ der A.M.U., von der Partei kurz „Kap“ genannt, in einer Truderei hergestellt wurde, die keine Taktik anerkennt. Die wichtigsten „Massenkämpfer“ sind aber wohl folgende Reihe!

### Oberbergamtsbezirk Dortmund.

#### Die Zahlstelle Roßburg bei Hamm

Verstor am 5. April durch Tod einen ihrer eifrigsten Funktionäre, den Kameraden Ewald Leuchtmann. Er starb im Alter von 61 Jahren und war 23 Jahre Verbandsmitglied. Die letzten Jahre widmete er der Mitarbeit in den Verbänden. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Die Ortsverwaltung.

### Belegstoffsammlung der Zeche Margarete.

Am 30. März fand in Sölderholz im Lokale Mart eine Belegstoffsammlung der Zeche Margarete statt. Kamerad Otter vom Bergarbeiterverband referierte über die gegenwärtige Lage. Die Mitglieder der Union der loylosen Hand- und Rundarbeiter stellten den Antrag, daß auch von ihrer Seite ein Referent sprechen sollte. Diesem wurde von der Verammlungsleitung sofort stattgegeben. Hierdurch bekamen doch auch diese Leute einmal Gelegenheit, ihre Tiraden einem größeren Publikum vorzutragen. Sie bekommen ja sonst doch nur das obligate Bäderbuden zusammen. Nachdem Kamerad Otter in erbsüßlicher Weise seinen Standpunkt klargelegt hatte und zum Schluß besonders die Unorganisierten aufforderte, sich mit in die lärmenden Reihen zu stellen, bekam der Referent von der Union der — Jarmlofen, Heinrich Vider, das Wort. Der aber nun angenehmer hante, derselbe würde uns etwas Neues, Warmes zu sagen haben, wurde bitter enttäuscht. Dieselben Tiraden, die er in politischen Versammlungen als Kommunist abließ, wurden auch hier wieder verapft. Das Neue aber, welches er vorzubringen meinte, uns aber lange bekannt war, wurde aus Zeitungen und Flugblättern vorgelesen. Und dieses Material war umfangreich, so umfangreich, daß fünf seiner Belegstoffsammlung unter Leitung seines Hauptassistenten Müller handlangern. Man konnte jetzt allerdings auch verstehen, daß Vider der Aufforderung der Verammlungsleitung, vom Verbandsbüro aus zu sprechen, keine Folge leistete. Die ganze Handlangerkolonne mit Flugblättern, Zeitungen und vollgepacktem Tisch hätte ja dann mit aufmarschieren müssen.

Aber halt, wir wollen Vider kein Unrecht tun. Etwas Neues hat er doch gebracht, für uns neu, aber zum mindesten auch für die Unionsleitung. Der Unionsredner Vider agiterte für den Verband der Bergarbeiter Deutschlands! Er forderte nämlich alle Unionsmitglieder auf, in den Verband der Bergarbeiter Deutschlands zurückzuführen. Unionisten, stellt euch also früh genug auf! Retragzahlen ein! Wie wenig Vertrauen die Leute im Vider aber zu ihrem eigenen Material hatten, das konnte man sehen, als Kamerad Otter sachlich auf die Ausführungen des Unionisten erwidern wollte. Mit Johlen und Schreien versuchte man, den Redner mundtot zu machen. Sogar die Internationale wurde angehimmt. Aber was wir von Anfang an vermuteten, geschah: bei der zweiten Strophe gings nicht mehr weiter. Die höchsten schon einstimmig in der ersten Strophe, aber dem des Vorfängers kamen sie durch die erste noch glücklich durch. Der Refrain kam gut, wurde darauf auch dreimal wiederholt. Auf zum letzten Geheiß! Ja, lieber Vider, mit diesen Leuten gibts aber bestimmt nur ein mögliches Rückzugsgesetz! Wer sich nicht selbst beherrschen kann, wer seinen Gegner nicht mit Achtung anhören kann, der muß es sich schon gefallen lassen, daß er in die Rubrik der Kritiker, Kleriker, Krieger oder Schwabronenreute eingetragen wird. (Nachzulesen in der „Bergarb.-Zig.“ vom 21. März, Nr. 12.)

Nachdem sich der Vider einigermassen gelegt hatte, die stillstimmigen Schreier, darunter zwei frumme Zentrumsmänner, an die Schreibstiftete zu ihrem halben Schoppen zurückgeführt waren, konnte

Kamerad Oster noch in kräftiger Weise abrechnen. Reicher Reizfall behauptete den Rechner. Erstlich ist, daß die übergroße Mehrheit der Verleumdung diese Kadapolitik scharf verurteilt. Würde es anders, so wäre es auch schlecht um die Arbeiterklasse bestellt.

### Das Oberrheinische Staatsbergwerk

leitet seit Monaten an elenden Weiterverhältnissen. Fast täglich müssen Kameraden aus der Grube getrieben werden. Verschlimmern des Betriebszustandes werden vergebens geführt. Die schlechtesten Wetterverhältnisse herrschen auf dem Theodorischacht, Flöz Blotzwell, zweite Sohle, auf dem Odenhauserkohl in der Autostrecke und auf der zweiten Tiefbaufohle, Flöz Glücksburg; ferner auf Büffelbüren und Autostrecke Marienschacht. Offenbar wegen diese Stellen zur Verwitterung bel.

### Unionistischer Held und Verdreher.

Die Vorkommnisse auf der Feste Prinz-Regent, wo die Franzosen einen jugendlichen Bergarbeiter erschossen hatten, mißbraucht das unionistische Betriebsratsmitglied Springer, um sich bei den kommunistischen Unionisten den Ruf als mutiger Held zu verschaffen. Dieses ist ihm auch von seinen Gefinnungs-freunden ausdrücklich bescheinigt worden. In der kommunistischen Wochenschrift „Die Zukunft“ vom 8. März erschien ein Geschichtsblatt, überschrieben: „Wie die Festschützlinge die Verleumdung mißbrauchten.“ Das Geschichtsblatt ist ohne Zweifel auf Springers Konto zu setzen. Daß er das selbst geschrieben hat, bezweifeln wir, jedenfalls hat er es aber einem Schreibknecht so vorgeschrieben. Was dort enthalten ist, strahlt von Verdrehungen. Springer hätte in einer Aufzählung auch noch die Situation zu sagen, daß er — laut Protokoll — den Artikel voll und ganz deckt. In der Sitzung wurde aber festgestellt, daß die wesentlichsten Punkte verdrängt oder erlogen waren. Springer schämt sich mit fremden Federn, indem er behauptet, daß er gegen das Sirenenblasen protestiert habe. Das ist nämlich nicht er, sondern das Verbandsmitglied Stein. Obgleich ist auch, daß Stein beim Anrücken der Franzosen den Betriebsleiter von der Nebenanlage Julius herbeigerufen habe. Springer bezog sein Artikel behauptet ferner, daß er sich dem Protest an die Franzosen nicht angeschlossen habe. Das stimmt infolgedessen, als er seinen Mund nicht aufhat. Nach dieser Logik kann jeder Verleumdung, der nicht reden kann, eine solche Behauptung aufstellen. Unwahr ist ferner, daß Stein gemeinschaftlich mit dem Betriebsführer über den Gemeindebesprechungs-Ordnung der geschimpft habe „ob seiner vaterlandsliebenden Gesinnung.“ Man frage sich nun, warum dieser Unionist solche verlogene Zerpulverungsversuche bezapft bzw. „voll und ganz bedr.“ Will er sich damit den Franzosen an die Kehle hängen? Die Kameraden von Prinz-Regent müssen ein wachsameres Auge haben.

### Eine kommunistische Streikbrecherorganisation.

Die Kommunisten samt ihrer Kotten Gewerkschaftsinternationale sind doch wunderliche Leute. Mit dem Mund machen sie die tollsten Operationen in Klassenkampf, haben ein schlagfertiges Arbeiterrecht hinter sich und dergleichen mehr. Kommt es aber zur Praxis, so machen ihre einzelnen „Streikgruppen“ großen Unfug, der bis zum kompletten Arbeiterverrat ausartet. Die merkwürdige Haltung, die die kommunistisch orientierte Niederländische Transportarbeiter-Ökonomie in Hinsicht auf den Streik einnimmt, geht schließlich so weit, daß sie nicht davor zurückgeht, unter dem Schutze des französisch-belgischen Militärismus Streikbrecherdienste zu verrichten — offenbar um der Welt zu zeigen, was sie praktisch unter der von ihr verkündeten „internationalen revolutionären Solidarität“ versteht. Dieser Tage erhielt nämlich der Niederländische Zentralverband der Transportarbeiter (angeschlossen beim Niederländischen Gewerkschaftsbund) von der Streikleitung des deutschen Verkehrsverbundes und des Reichsministers und Polizeiverbandes in Köln ein Schreiben, in dem folgendes erzählt wird: „Vor einigen Tagen kam hier der Schlepper Rannit vorbei. Er schleppte das französische Schiff „Anjou“ und das deutsche, von den Franzosen beschlagnahmte Schiff „Verdünnte Frankfurter 43“. Beide Schiffe hatten eine Besatzung an Bord. Ein Motorboot mit einigen Leuten aus unserer Organisation fuhr dem Schiffe nach. Unsere Kollegen erlitten die Leute, etwas langsamer zu fahren, damit sie die Schiffe losmachen könnten. Der Reichsminister begab sich daraufhin nach dem Reichsministerium, aber statt langsamer zu fahren, fuhr er im Gegenteil mit aller Kraft weiter. Es gelang dennoch, die beiden Schlepper loszumachen. Der Schlepper kam dann nachmittags um 5 Uhr mit zwei französischen Schleppern wieder zurück und brachte diese in die französische Zone, so daß wir nicht in ihre Nähe kommen konnten.“ Dienstag, den 6. März, kam die „Rannit“ nach Köln. Diesmal waren französisch-belgische Soldaten mit ausgedienten Bajonetten an Bord. Der Schlepper wurde überdies von zwei Motorbooten mit Soldaten und Maschinengewehren begleitet. Die beiden von uns losgemachten Schiffe wurden wieder festgemacht und in die franz. Zone gebracht. Aus einer von Niederländischen Zentralverband eingeleiteten Untersuchung über diese Frage ist zu entnehmen, daß die Demontage dieses Schleppers ausschließlich aus Mitgliedern der Ortsgruppe Dortmund der Niederländischen Transportarbeiter-Ökonomie bestand, die von Franzosen in Gemeinschaft mit dieser revolutionären waren Organisation angeworben wurden. Wie sehr von französisch-belgischer Seite dieses Auftreten gewürdigt wird, ist aus der Tatsache zu entnehmen, daß der Vertreter der kommunistischen Transportarbeiter-Ökonomie in Aachen, Peter Höfler, volle Bewegungsfreiheit genießt, ungeachtet der Verharmlosung des im Zentralverband organisierten Rheinisch-Westfälischen Militärs in Duisburg von belgischem Militär verhaftet wurde, weil er ein niederländisches Rheinstromschiff abgerufen hatte, für Franzosen und Belgier Kohlen zu transportieren.

### Oberbergamtsbezirk Bonn.

#### Die Zahlstelle Holzappel

vorher am 3. April ihren Vertretermann, den Kameraden Sauerer. Er starb infolge einer qualvollen Krankheit. Erstlich gab ihm die Delegierten der Grube Holzappel das letzte Geleit. Der Verordnungs war erst 32 Jahre alt. Mit seiner Aufrichtigkeit und seinem Eifer in der Arbeiterbewegung erwarb er sich das Lob der Arbeiter eine solche zahlreiche Arbeitergemeinde zu sein, daß es unvorstellbar eine solche jährliche Arbeitergemeinde zusammenzuführen. Möge ihm die Erde leicht sein! Er hat gekämpft, wir kämpfen weiter. Die Ortsverwaltung.

### Schwabmühlweiler Vauert

Der von Süddeutschen nach Westfalen bei Duisburg bezogene und nach Bedarf auch in Belgien Friedrich Vauert ist sich in seinen jetzigen Wirkungen die erhebliche Mühe, um als besonders große Leuchte zu erscheinen. Seine Leuchtfähigkeit verleiht es dadurch zu beweisen, daß er die Enden der Leuchte, die ein Arbeiter Redner besichtigt, als „Delegationsverleumdung“, „Arbeiterverleumdung“, „Lügner“ usw. verleumdete und beschimpft. Es ist hinreichend bekannt, daß die geistige Fähigkeit des Vauert in den Kraftausbrüchen, wie „Arbeiterverleumdung“ und anderen, erschöpft ist. Wir wollen uns damit begnügen, seine gegen uns verbreiteten Verleumdungen als zurückzuführen zu betrachten, indem wir hiermit öffentlich erklären, daß Vauert ein Verleumder ist. Den Beweis hierfür werden wir auf seinen Wunsch und seine Veranlassung vor der ordentlichen Stelle beibringen. Daniel Hilbig, Johann Küppers.

### Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

#### Bergarbeiterkonferenz für den Bezirk Halle.

Am 26. März fand in Cöthen eine von etwa 150 Delegierten besetzte Konferenz des Bergarbeiterverbandes für den Sächsischen Bezirk statt. Den Bericht der Bezirksleitung erstattete Kamerad Unbeistich. Er hob hervor, daß in den letzten Monaten die Haupttätigkeit die sich fortwährend übertragenden Lohnverhand-

lungen war. Das denkbar Möglichste sei für die Kameraden herausgeholt worden. Besondere Angriffe richteten die Kommunisten gegen die Bezirksleitung wegen der Sonntagsarbeit. Diese Angriffe seien widerlegt. Die Vereinbarung solle vielmehr eine Regelung des maßlos überhand genommenen Uebererschuldensens dar. Ohne zwingende Gründe aus der allgemeinen Wirtschaftslage könne es im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau überhaupt keine Uebererschuldensensabkommen geben. Beantworte werden, daß gerade die größten Schäden nicht von den Werken zu bringen seien.

Dem darauf folgenden Bescheid ist zu entnehmen, daß die Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1922 mit 38 215 773,73 M. bilanzieren. Bemerkenswert ist, daß an Krankengeld 1 172 181 M., an Cirikulunterstützung 1 285 462 M. gezahlt wurden.

Ueber Beitragsfragen und Statutenänderung referierte Kamerad Behrens. Er bemerkte, daß von einer ganzen Reihe von Orten völlig übereinstimmende Anträge eingegangen seien, und zwar von den Kommunisten, die eine „Demokratisierung der Bezirksleitung“ erstrebten. Ein Antrag forderte den Ausschluß des Kameraden Helmrich Döfller. Die Konferenz ging über diese Anträge einstimmig zur Tagesordnung über. Wir bemerken hierbei ganz besonders, daß die Delegiertenwahlen völlig unbefriedigend von der Verbandsleitung vorgenommen wurden und daß ein Teil der Delegierten der kommunistischen Partei angehört. Beschlossen wurde, auf der Generalversammlung die Sitzverlegung des Hauptverbandes von Bochum nach Berlin bzw. Hannover zu beantragen.

Ueber Betriebsratsfragen und Verbandsfragen sprach Kamerad Giese. Unter anderem betonte er, daß die kommunistische Gewerkschaftsleitung in Halle seit etwa vier Wochen mit dem Ziel widrigen Mitteln einen Kampf gegen den Bergarbeiterverband führe. Dieses Treiben sei jedoch vollständig erfolglos an der Disziplin der Verbandskammeraden zusammengebrochen. Das sei am deutlichsten ersichtlich aus dem Erlaß der von der A.P.D. zentrale einberufenen Bergarbeiterkonferenz Mitteldeutschlands. Auf der Konferenz am 18. Februar seien ganze 20 Delegierte antwortend gewesen. Daraufhin habe die A.P.D. erneute Antritte ergehen lassen, eine neue Konferenz zustande zu bringen. Diese fand am 11. März statt, worauf wiederum von nur 22 Delegierten besucht, von denen ein Teil der A.P.D. zentrale ihr Mißfallen über das parteiische Einmischen in die Gewerkschaftsarbeit zum Ausdruck brachte. Die A.P.D. beweihe sich, daß ihr die gewerkschaftliche Einheitsfront höchst gleichgültig sei durch das Aufstellen von Sonderfronten in den Betriebsratsfragen, ja, in Massenfeld sündeten sogar A.P.D.-Leute auf gelben Listen. Die Konferenz beurteilte einmütig dieses die Gewerkschaften schädigende Treiben.

Dann referierte der Redakteur der „Bergarb.-Ztg.“, Landtagsabgeordneter Limberg, Votum über die Ruhrbefreiung und ihre Folgen. Er führte im wesentlichen aus, daß die Ruhrbefreiung offenbar auch ein Kampf der französischen Kapitalisten gegen die deutschen Arbeiterorganisationen sei, die sich deshalb gegen dieses Joch eines fremden Eroberers erheben müssen und werden. Ein Zusammengehen mit nationalistischen Kreisen müßte entschieden abgelehnt werden. Eine Verständigung mit den Franzosen sei nur auf dem gleichberechtigten Verhandlungswege möglich. Schwere Kämpfe würden bevor, die erfolgreich nur in geschlossener Front in den freien Gewerkschaften zu führen seien.

Zum Schluß konnte Kamerad Unbeistich die reiflose Uebereinigung der Konferenz mit der Arbeit der Bezirksleitung einmütig feststellen. Er forderte die Kameraden auf, treu zum Verband zu stehen und sich für kommende Wirtschaftskämpfe bereit zu halten.

Damit ist dem Geisirel der A.P.D.-Gewerkschaftsführer über den Verfall der Bergarbeiterbewegung gründlich der Boden entzogen worden. Nach wie vor stehen die mitteldeutschen Kameraden hinter ihren Führern. In der ausgedienten, aber sachlichen Aussprache hat nicht ein einziger Redner — auch nicht die der A.P.D. angehörigen — im Sinne der wüsten Schimpereien des „Massen-kampfs“ das Wort gefasst. Beweisen haben sich die A.P.D.-Anhänger über die Art des vom „Massenkampf“ geführten Kampfes. Die Konferenz war nicht der Tummelplatz für geistlose Auseinandersetzungen; ernste Männer haben ihre Zukunftsbildung ernst und sachlich beraten. Die künftigen Wirtschaftskämpfe werden die mitteldeutschen Bergarbeiter, geführt vom Bergarbeiterverband, auf ihren Posten finden.

### Das Wesen des Unionismus.

Im Räselblättchen der Union für Mitteldeutschland, Nieder-sachsen und Luga-Deutschl vom 30. März d. J. verfaßt eine Leuchte der Union in einem Geschichtsblatt, der A.P.D. (was sollen diese Phrasen heißen? D. D.) im Spiegel der Vergangenheit“, unserer Verband und die „Bergarb.-Ztg.“ zu glorifizieren. Des langen Geschichtsblatts kurzer Sinn ist folgender: Früher schied die „Bergarb.-Ztg.“ auch gegen die Christen und der Verband warf „hundertmalweise die Beitragsfragen durch Verleumdungen an den Gerichten in den Haas“. Für die Befreiung der Bergarbeiter... hatte der Verband nie oder doch nur geringe Mittel zur Verfügung. Der Kampf entfiel nicht einer „Wirtschafts-union“, sondern dem „Mitgliedsbeitrag“. Die Redakteure der „Bergarbeiter-Zeitung“ haben mit den Wirtschaftsräten ein „Bündnis“ geschlossen und wagen gegen die Unternehmer nichts zu sagen, sonst hätte sie deren Freundschaft ein. Sie beschimpfen die Unionisten nur „deshalb, um ihre eigene Verräterei zu verdecken“. Weiter wird gesagt, daß die Unternehmer jetzt offen die Verräterrolle der reformistischen Gewerkschaftsführer zeigen und ein Flugblatt verbreiten, in welchem ein Bergarbeiter-auftrag als Grundlage zur Einheitsfront zitiert wird. Es besteht demnach kein Zweifel mehr darüber, daß die sozialdemokratischen Führer mit ihrer nationalen Arbeitsgemeinschaft nichts anderes tun, als „... jederlei des Unternehmertums“.

Bitte sehr, wir jähren die angeführten Sätze wörtlich, weil darin der „geistige“ Wesenskern der Unionen enthalten ist. Das Zeug muß irgend ein russischer Jude verbrochen haben, der von der deutschen Bergarbeiterbewegung soviel versteht wie ein Esel vom Hochgallensgang. Er müßte sonst wissen, daß die früheren Justizverbrechen gegen unsere alten Verbandsführer von den gegnerischen Organisationen und besonders vom Unternehmertum angeht und nicht, um den Verband zu vernichten. Er müßte es wissen — aber vielleicht war er damals ein Selber oder noch gar nicht auf der Welt, als die Verbandsführer mit dem Redakteuren in Justizhäusern und Gefängnissen schmachteten. Und wenn der Schreiber kein ausgewachsener Esel ist, so weiß er auch, daß auch heute noch die Redaktion der „Bergarbeiter-Ztg.“ sich auf Gerichten herumschleppen muß. Die Mägen sind nie früher, Unternehmer, und sind an Stelle der Christen jetzt die Unionisten getreten. Als die Unionen ihr zweifelhaftes Dasein begannen, bestand ihre Hauptaufgabe, wie auch heute, in der Bekämpfung unseres Verbandes. Als wir uns nicht alle Gemein-schaften gefahren ließen, ihnen das Maul kopften und sagten, was sie sind — Betrüger — ließen sie schnell zur „bürgerlichen Klassenjustiz“, um sich von dieser ihre — Betrügerei (so wird es kommen) beschheimigen zu lassen.

Aus Angst vor den Unternehmern wagen wir nichts gegen diese zu sagen und schimpfen nur gegen die Unionen? Ein Blick, das erste dreijährige Vierteljahr der „Bergarb.-Ztg.“ zeigt z. B., daß zwei Fünftel des Raumes ausschließlich dem schorfen Kampf gegen die Unternehmer, weitere zwei Fünftel der Aufklärung, Agitation und Einwirkung auf die Sozial- und Vergeltung und nur ein Fünftel dem Kampf gegen die Konkurrenzorganisationen, wie Unionisten und Christen u. a. m. gewidmet sind. Daneben bejehet man sich die Räselblättchen der Unionen, deren Hauptzweck nur mit offenen und verdeckten Bestimpfungen und Verleumdungen gegen die verhassten freien Gewerkschaften besteht sind. Das Unternehmertum beachtet mit keiner Miene das Geplär der Unionisten; wenn sie etwas verlaunten lassen, so ist es nur ihre Freude über die blühende Unionistische Bewegung. Sie fällt von der Unternehmerrseite ein bewegtes Wort über eine Unionistengefahr. Die ganze Unternehmerrseite ist ganz und gar tagtäglich in heftigen Angriffen und Reben gegen

die freien Gewerkschaften. Warum sollen sie auch von den Unionisten Politik nehmen? Sie wissen nur zu gut, daß der innere Wesenskern der Unionen nur die unsaubere Phrase und ein ausgekostetes Gehirn ist. Der wahre Feind des Unternehmertums ist aber nicht die Hölle, sondern die schwarze Waffe des Geldes. Das Geschichtsblatt enthält eine Reihe formeller Verleumdungen. Sollen wir nun auch etwa zum Raub laufen? Nein, wir haben Mächtigeres zu tun! Aber sollen wir zu allen Gemeinheiten schmeicheln? Der einzig richtige Weg wäre das schon, diese Phrasenstücke einfach fortzuschmeißen, dann bildet sich jedoch in diesen verläumerten Gehirnen leicht die Einbildung heraus, daß sie vollste Schimpf- und Verleumdungsfreiheit genießen. Tun wir sie also als verleumdete, begnerierte Lumpen ab. Basta!

### Schulung der Mitglieder.

Am 4. und 30. März fand in Northheim ein Schulungskursus für Mitglieder des Verbandes statt, an welchem sich die Kameraden der nächstliegenden Städte zahlreich beteiligten. Kamerad Schneider hielt, da einige Teilnehmer ausgebildeten, einen Vortrag über Entfaltung und Entwicklung der Gewerkschaften insbesondere über die Geschichte des Bergarbeiterverbandes sowie über Gegenwarts- und Zukunftsfragen der Gewerkschaften. Weiter waren die zwei Sonntage zu Lutz für die so kürzlichen Vorträge. Nach jedem Vortrag setzte jedesmal eine lebhafteste Aussprache ein, so daß fast anzunehmen ist, daß die Kursteilnehmer den Vorträgen volle Aufmerksamkeit schenken und so in ihren Zustellen das Gedächtnis verwerten können. Zu befragen wäre, wenn vom Vorstand jeden Winter ein solcher Kursus stattfinden, damit die Zustellen-Funktionäre, die jetzt durch die viele andere Arbeit behindert sind, in den Zustellenversammlungen stehen können. J. Vorkauf.

### Polnisch-Oberschlesien.

**Polnische Berufsvereinigung terrorisiert.**  
Am 25. März fand die Ortsgruppe Orzajina (G.-Schloß) der Berufsvereinigung eine Mitgliederversammlung ab, in welcher nach dem „Polak“ folgende Entfaltung gegen die deutschen Schulen angenommen wurde:  
„Wir am 25. März, im Lokal des Herrn Dymal in der Zahl von 900 versammelten Mitgliedern der Bergarbeitergruppe des 3. J. B. vorzogen energisch die Anerkennung folgender Forderungen: 1. Daß ausländische Arbeiter, vor allem Polnische, zu wichtigen Stellen (Zackarbeiter) nicht zugelassen werden, da es schon vorgelommen ist, daß sie bei der E.-u. und Ausfahrt Unheil angerichtet haben. 2. Daß der Arbeiteraus-tausch möglichst bald erfolgt, da unsere Arbeiter, die bei uns wohnen, aber in Deutsch-Oberschlesien arbeiten, bezüglich ihrer Löhne vielfach geschädigt werden. 3. Bei uns gibt es so viele Maurer, die heimattreu sind und aus Deutsch-Oberschlesien herkommen, was besonders von den Polieren gilt; diese stellen Mädchen aus Deutsch-Oberschlesien zur Arbeit ein und unsere Mädchen haben keine Beschäftigung und Arbeit.“

Wir am 25. März d. J., im Lokal des Herrn Dymal in der Zahl von 900 versammelten Mitgliedern der Bergarbeitergruppe des 3. J. B. (Polnische Berufsvereinigung) stellen ein-stimmig fest, daß unsere Ortschaft rein polnisch ist und als solche überhaupt weder einer Klasse noch einer Schule für die deutsche Minderheit bedarf. Im Namen des Bolentums Polnisch-Ober-schlesiens, im Namen des für die Freiheit dieser Erde vergossenen Blutes und im Namen der Schöpfer der polnischen Republik protestieren wir gegen die Errichtung von deutschen Klassen bzw. einer deutschen Schule. Unserer Ansicht nach müßten die deutschen Lehrer in allen Schulen beseitigt und durch polnische Lehrer ersetzt werden.“

Diese Entfaltung enthält eine gemeine Bege gegen die deutschen Arbeiter und Schulen. Sollen wir etwa die in Deutschland weilenden Polen mit dem gleichen Maß behandeln? Nein, wir wollen zeigen, daß wir bessere Menschen sind. Offenlich gehen die in Deutschland Galtfreundschaft geniesenden Polen ihren Lands-leuten in Polnisch-Oberschlesien zu verstehen, daß auch sie sich menschlich zeigen sollen.

### Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 16. Woche (vom 15. bis 21. April 1923) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

### An die Verbandsmitglieder!

Seit zehn Wochen stehen im Saarrevier 72 000 Bergarbeiter im Streik, um eine Erhöhung ihres Lohnes zu erzielen. Der Streik wird mit bewundernswürdiger Disziplin und Geschlossenheit geführt. Die französische Grubenverwaltung versucht, den Kampf mit allen Mitteln niederzuzwingen. Das französische Militär greift zu ungunsten der Streikenden ein. Soll der Streik ohne einen positiven Erfolg beendet werden? Das darf unter keinen Umständen geschehen. Die französische Grubenverwaltung muß sehen, daß hinter den Saarkameraden der einmütige Wille unserer gefamten Mitliebhaber steht. Schon ist ausländische Hilfe einnetrotfen. Notwendig ist aber auch, daß sich die Opferwilligkeit unserer Gesamtmitliebhaber zeigt. Um dies zu befunden, hat die Reichskonferenz des Gesamtverbandes und der Bezirksleiter ein-stimmig beschlossen, daß jedes Mitglied, welches seinen vollen Lohn verdient, zwei Wochenbeiträge als Extrabeitrag für die Saarkameraden zu leisten hat. Mitglieder, die nicht voll entlohnt werden, haben einen Wochenbeitrag als Extrabeitrag zu zahlen. Arbeitslose, Kranke und solche Kameraden, die Invalidenbeiträge zahlen, sind von der Entrichtung des Extrabeitrages befreit. Die Extrabeiträge werden gegen Wochenmarken, die einen roten Strich tragen, einfließen. Alle Mitglieder sind unter Beachtung des § 10 Abs. 4 des Statuts verpflichtet, diesen Extrabeitrag zu zahlen. Wir hoffen, daß der Appell an die Solidarität und Opferwilligkeit überall befolgt wird. Der Verbandsvorsitzende.

### Extrabeitrag für die Saarkameraden

zu leisten hat. Mitglieder, die nicht voll entlohnt werden, haben einen Wochenbeitrag als Extrabeitrag zu zahlen. Arbeitslose, Kranke und solche Kameraden, die Invalidenbeiträge zahlen, sind von der Entrichtung des Extrabeitrages befreit. Die Extrabeiträge werden gegen Wochenmarken, die einen roten Strich tragen, einfließen. Alle Mitglieder sind unter Beachtung des § 10 Abs. 4 des Statuts verpflichtet, diesen Extrabeitrag zu zahlen. Wir hoffen, daß der Appell an die Solidarität und Opferwilligkeit überall befolgt wird. Der Verbandsvorsitzende.

### Adressenveränderungen.

Selbst. Das Bureau der Zahlstelle Selbst befindet sich Bahnstraße 6a. Dort werden jeden Sonnabend während der Erbauungstunden sämtliche Unterstufungen ausgezahlt.

Zu beziehen durch H. Hausmann & Co., Bochum:			
Jahrbuch 1921. Grundzahl 2 M.	Hues Leben und Wirken. Grundzahl gebunden 1 M., brochiert 50 Pf.	Molne Soelo sangt. Gesichte von Viktor Kallowall. Grundzahl 40 Pf.	Was die Ruhr mir sang. Gesichte von Heinrich Knappe. Grundzahl 30 Pf.
Veränderliche Beilagesatz im Buchhandel zur Zeit 1400. für Mitglieder 700. Der Verkaufspreis ist Grundzahl mal Beilagesatz.			